

Beschluss Kapitel 1: Berlin neu denken – eine Metropole für Mensch und Natur

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
 Beschlussdatum: 21.01.2023
 Tagesordnungspunkt: TOP 3 Wahlprogramm zur Wahlwiederholung

1 In den vergangenen Jahren folgte ein Hitzesommer auf den nächsten. Berlins Bäume und
 2 Pflanzen leiden massiv unter der Trockenheit und den hohen Temperaturen. Das Nahrungsangebot
 3 für Insekten, Vögel und Säugetiere verringert sich. Menschen leiden unter gesundheitlichen
 4 Problemen – besonders Ältere, kleine Kinder und sozial Benachteiligte. Diese extremen
 5 Wetterlagen werden noch stärker zunehmen. Es ist deshalb zentral, Berlin auf die Folgen der
 6 Klimakrise vorzubereiten und den Beweis anzutreten, dass und wie auch eine Metropole
 7 klimaneutral werden kann. Unsere Vision ist ein Berlin voller grüner Oasen und kühler
 8 Entlastungsräume, mit begrünten Haltestellen und schattenspendenden Alleen mit Pocket-Parks,
 9 Kanälen, grünen Dächern und begrünten Fassaden. Wir wollen den Umbau Berlins vorantreiben: zu
 10 einer Metropole, in der ökologische Verantwortung und Umweltgerechtigkeit sowie moderne
 11 Infrastruktur und eine gute Grundversorgung für alle keine Gegensätze sind, sondern
 12 Grundpfeiler einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Erneuerbare Energie und Erneuerbare Wärme
 13 sind dabei der Beste Beitrag zur Energiesicherheit und für dauerhaft günstige Energiepreise.

14
 15 Noch ist Berlin eine der grünsten Metropolen Europas. Parks, Wälder und Seen bringen
 16 Lebensqualität und schaffen ein angenehmes Stadtklima. Sie kühlen in heißen Sommern unsere
 17 Stadt, sind Lebensraum für viele Tiere und binden CO₂. Doch auch diese wichtige Stadtnatur
 18 ist durch die Erderhitzung gefährdet. Die Klimakrise ist eine reale Gefahr für unsere
 19 Existenzgrundlage auf diesem Planeten. Gerade Menschen aus dem globalen Süden, die am
 20 wenigsten zur Klimakrise beigetragen haben, spüren die Folgen am stärksten. Auch deshalb
 21 trägt Berlin als Hauptstadt eines Industrielandes eine besondere Verantwortung, voranzugehen
 22 und klimaneutral zu werden. Das Zeitfenster, die Klimakrise ganz abzuwenden, haben wir
 23 bereits verpasst. Aber noch können wir die schlimmsten Folgen abmildern und ein neues,
 24 klimaneutrales Berlin bauen, das auch Vorbild für andere Metropolen sein kann. Um Berlin auf
 25 den 1,5-Grad-Pfad zu bringen, müssen wir jetzt handeln!

26 Klimaneutrales Berlin

27 Berlin muss und wird seinen Beitrag leisten, die Ziele des Pariser Klimaabkommens
 28 einzuhalten. Dafür ist es notwendig, auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen. Der
 29 völkerrechtswidrige und menschenverachtende russische Angriffskrieg in der Ukraine hat uns
 30 unsere fatale Abhängigkeit von fossilen Energien verdeutlicht. Nur durch einen massiven
 31 Ausbau der erneuerbaren Energien und Transformationsprozesse in allen Sektoren beenden wir
 32 die Erpressbarkeit und erreichen Unabhängigkeit auch von autoritären Regimen. Klimaschutz
 33 und eine stabile, bezahlbare Energieversorgung gehen heute mehr denn je zusammen. Wer heute
 34 schon seinen eigenen erneuerbaren Strom produziert oder in einer energetisch gedämmten
 35 Wohnung lebt, spart jetzt schon viel Geld und CO₂. Deswegen werden wir neben dem Ausbau der
 36 Erneuerbaren Energien auch bei der Energieeinsparung die vielen ungenutzten Potentiale
 37 heben. Deshalb wollen wir Berlin so schnell wie möglich klimaneutral machen. Wir Grüne haben
 38 in den letzten Jahren in der rot-rot-grünen Koalition – auch gegen Widerstände – eine
 39 ambitionierte Klimapolitik eingefordert und vorgebracht. Der Aufholbedarf war groß,
 40 nachdem die Klimapolitik in Berlin zuvor ein politisches Nischendasein gefristet hatte. Wir
 41 haben zwei von vier Kohlekraftwerken abgeschaltet und dafür gesorgt, dass Berlin als erstes
 42 Bundesland die Klimanotlage ausgerufen hat. Wir werden überall dort, wo das Land die
 43 Befugnis hat, weitere Maßnahmen anstoßen, die uns zu Klimaneutralität bis spätestens 2035
 44 führen können. Damit Berlin insgesamt schnellstmöglich klimaneutral werden kann, sind auch

45 grundlegende Änderungen auf Europa- und Bundesebene erforderlich. Wir wollen die
46 gesetzlichen Grundlagen schaffen, um auch auf den Dächern und allen sonst geeigneten Flächen
47 der Stadt zu 100 Prozent auf erneuerbare Energien umzusteigen. Zukünftig werden wir eine
48 Solaranlage auf Berliner Dächern zum Standard machen. Die Berliner Stadtwerke werden für
49 fast alle Bezirke Solarpakete schnüren, haben die Kälte- und Wärmeversorgung der Urban Tech
50 Republic übernommen und mit dem größten in Berlin-Brandenburg genehmigten Windpark
51 Albertshof, erneuerbare Energien für 30.000 Haushalte ans Netz genommen. Der vollständige
52 Rückkauf des Berliner Stromnetzes beendet nicht nur einen jahrelangen Rechtsstreit, sondern
53 ermöglicht endlich gezielte Investitionen in die Infrastruktur der Energiewende der Stadt
54 und die genossenschaftliche Beteiligung der Bürger*innen zur aktiven Mitgestaltung über die
55 BürgerEnergie Berlin. Mit Beginn der Corona-Pandemie wurden Stromsperren ausgesetzt. Wir
56 setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass diese Vorschrift künftig zwischen Mitte Herbst
57 und Ende des Winters fortgeführt wird.

58 Um den hohen CO₂-Ausstoß im Gebäudebestand deutlich zu reduzieren, haben wir ein neues
59 Sanierungsförderprogramm entwickelt und die gesetzliche Grundlage für eine klimaschonende
60 Wärmeversorgung geschaffen. Neubauten sollen von Anfang an so geplant werden, dass sie ohne
61 fossile Energieträger auskommen. Wir setzen den ambitionierten Ausbau der erneuerbaren
62 Energien sozial gerecht fort, damit wir bis spätestens 2030 alle Kohlekraftwerke in Berlin
63 vom Netz nehmen können und Berlin somit auf den 1,5-Grad-Pfad bringen.

64 Verkehrswende: der Mensch im Mittelpunkt

65 Mit dem Rad, zu Fuß oder mit dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) an jeden Ort der
66 Stadt zu gelangen macht Berlin zu einer lebenswerten Metropole. Deshalb ist unser Ziel, dass
67 alle Menschen in Berlin rasch, sicher, bequem und klimaneutral unterwegs sein können. Unser
68 Ziel ist klar: Wir wollen Berlin so gestalten und Angebote schaffen, dass niemand mehr einen
69 privaten PKW benötigt, um in Berlin mobil sein zu können. Um Berlin auf den 1,5-Grad-Pfad zu
70 bringen, ist eine Verkehrswende dringend nötig, denn noch immer ist der Verkehr einer der
71 wenigen Sektoren, in dem die Verschmutzung steigt statt sinkt. Wir werden und wollen dies
72 ändern und setzen in der Verkehrswende auf die Maximen Verringern, Verlagern und Vermeiden.
73 So bringen wir Berlin auf den 1,5-Grad-Pfad, leisten einen entscheidenden Beitrag dazu, die
74 Klimakrise noch abzuwenden, und machen gleichzeitig Berlin lebenswerter und sicherer, da wir
75 Barrierefreiheit und Teilhabe zu Bestandteilen der Verkehrswende machen. Außerdem wollen wir
76 die besitzunabhängige Mobilität fördern, so wird aus der ökologischen auch eine soziale
77 Verkehrswende. Je mehr Menschen kein eigenes Auto mehr brauchen, desto mehr Platz bleibt für
78 diejenigen, die nicht auf ihr Auto verzichten können.

79 Anstatt Verkehrswege nur für Autos zu planen, stellen wir den Menschen in den Mittelpunkt
80 der städtischen Mobilitätsplanung. So werden wir uns an den Bedürfnissen der Menschen, wie
81 gutes Klima, gute Luft, Spiel- und Sportflächen, Wege zum Einkaufen sowie Wege mit Älteren
82 und Kindern orientieren. Dies schützt nicht nur das Klima, sondern nimmt auch alle
83 Berliner*innen in den Blick, die sich kein eigenes Auto leisten können oder wollen, denn sie
84 sind besonders auf einen attraktiven ÖPNV sowie auf gute Rad- und Fußwege angewiesen. Dafür
85 haben wir Grüne ein bundesweit einmaliges Mobilitätsgesetz verabschiedet, um den Verkehr,
86 den zweitgrößten Verursacher von CO₂ in der Stadt, emissionsärmer, leiser und sicherer zu
87 machen. Wir haben damit gesetzlich sichergestellt, dass bei der Verkehrsplanung der
88 Umweltverbund, also Fußgänger*innen, Fahrräder und öffentliche Verkehrsmittel, vor dem
89 Autoverkehr zu berücksichtigen sind. Immer mehr Berliner*innen steigen auf den ÖPNV und das
90 Fahrrad um – ob klassisch, als Lastenrad oder Pedelec. Das liegt nicht nur an der wachsenden
91 Anzahl von Radwegen in der Stadt, sondern auch daran, dass die neuen Radwege wesentlich
92 breiter und sicherer sind. Schließlich haben wir damit begonnen, die begrenzten Flächen in
93 der Stadt gerechter zu verteilen, indem wir Straßenräume, die vormals ausschließlich Autos

94 vorbehalten waren, für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen geöffnet haben. An der
95 Friedrichstraße haben wir es vorgemacht, viele andere Straßen werden bald schon folgen –
96 temporär oder am besten dauerhaft.

97 Nicht nur für den Klimaschutz ist die Verkehrswende wichtig. Wir schützen damit auch die
98 Gesundheit der Menschen an besonders vom Verkehr belasteten Straßen. Sie leiden nicht nur
99 öfter an Lungen-, sondern auch an Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Dazu trägt auch die hohe
100 Lärmbelastung bei. Deshalb ist es gut, dass wir an vielen Straßen Tempo 30 eingeführt haben
101 und damit nicht nur die Abgas-, sondern auch die Lärmbelastung reduzieren. Und auch Fluglärm
102 wollen wir nachhaltig mindern. Wir wollen dafür sorgen, dass die Menschen wenigstens in der
103 Nacht in Ruhe schlafen können. Deshalb muss am BER ein striktes Nachtflugverbot zwischen 22
104 und 6 Uhr gelten.

105 Nur wenn sich Fußgänger*innen und Radfahrer*innen sicher bewegen können und Busse und Bahnen
106 günstig, zuverlässig und eng getaktet fahren, entscheiden sich Menschen für klimafreundliche
107 Mobilität. Deshalb haben wir milliardenschwer in den Ausbau von Bahnen und Bussen
108 investiert: mehr Strecken, mehr Waggons, kürzere Taktung und mehr Elektroantrieb.
109 Mittlerweile bringen die ersten E-Busse die Berliner*innen sauber und leise durch die Stadt,
110 der Ausbau von weiteren Tramlinien und die Einrichtung zusätzlicher Busspuren sind bereits
111 in vollem Gange. Unser Ziel ist ein Netz ohne Lücken. Dafür wird auch die Erweiterung
112 bestehender S- und U-Bahn-Strecken geprüft und vorangetrieben. Entscheidendes Kriterium sind
113 der positive Klimaeffekt und eine ehrliche Kosten-Nutzen-Analyse. Darüber hinaus ist es auch
114 entscheidend, dass alle sich das Ticket für Bus und Bahn leisten können. Deshalb haben wir
115 die Preise für das Sozial-, Azubi- und Firmenticket stark gesenkt und Schüler*innen können
116 seit 2019 in Berlin sogar kostenlos durch die Stadt fahren.

117 Die von uns angestoßene Verkehrswende schafft mehr Teilhabegerechtigkeit, indem mehr
118 Bewegungsfreiheit in der Stadt ermöglicht wird. Wenn wir Alternativen zum Auto ausbauen,
119 profitieren auch die, die auf das Auto angewiesen sind. Dennoch hat das Auto mit
120 Verbrennungsmotor in der Stadt keine Zukunft, zu hoch sind die Schadstoffbelastung, der
121 Flächenverbrauch und die Lärmemission. Deshalb wollen wir bis spätestens 2030 die Innenstadt
122 zu einer Null-Emissions-Zone umgestalten, in die weitestgehend keine Fahrzeuge mit klima-
123 und gesundheitsschädlichem Verbrennungsmotor mehr fahren dürfen und die wir sukzessive auf
124 weitere Teile Berlins ausdehnen wollen. Den Umstieg auf klimaneutrale Mobilität und
125 klimaneutrale Antriebe wollen wir, soweit Mehrkosten entstehen, für diejenigen sozial
126 abfedern, die auf ein Auto in der Stadt angewiesen sind. Wir wissen, dass die Verkehrswende
127 nur gelingen kann, wenn die Innenstadt und die Außenbezirke gleichermaßen vom Ausbau
128 profitieren. Weniger dicht besiedelte Gebiete sollen ein ebenso attraktives
129 Mobilitätsangebot wie gut angeschlossene Gebiete erhalten, denn die Erreichbarkeit darf
130 nicht vom Wohnort im Innen- oder Außenbezirk abhängen.

131 Berlins Stadtgrün sichern

132 Berlin muss nicht nur CO₂-Emissionen einsparen, es muss auch sein Stadtgrün auf die bereits
133 akuten Folgen des Klimawandels vorbereiten und klare Klimaanpassungsziele und Strategien
134 dafür entwickeln.

135 Ansonsten werden unsere Lebensgrundlagen, unsere Gesundheit und auch unser Stadtgrün und die
136 Stadtnatur massiv in Mitleidenschaft gezogen. Deshalb ist der Umbau Berlins zu einer
137 resilienten – widerstandsfähigen – Stadt nicht nur eine Frage moderner Häuser, Transportwege
138 und moderner Wirtschaft, sondern auch eine Frage der Gesundheit. Bereits jetzt ist absehbar,
139 dass wir in Zukunft mit noch weniger Regen und längeren Hitzeperioden zu kämpfen haben
140 werden. Deshalb müssen viele Flächen entsiegelt und gerecht verteilt werden, damit der
141 wenige Regen vor allem dort nutzbar gemacht werden kann, wo er fehlt. Die Gründung der

142 Regenwasseragentur war dafür ein erster wichtiger Schritt. Mit dem Programm „1.000 Grüne
143 Dächer“ oder dem Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm werden auch auf der
144 zivilgesellschaftlichen Ebene der Ausbau des Stadtgrüns und der Klimaschutz gefördert. Wir
145 wollen Konzepte miterarbeiten, um das große Potential der Stadtbäume und deren Baumscheiben
146 zusammen mit Baumpat*innen und Anwohnenden gemeinsam zu pflegen, zu schützen und das
147 öffentliche Lebensumfeld bürger*innennah zu gestalten. Das Grüne-Dächer-Programm wollen wir
148 ausweiten und mit der Förderung der biologischen Vielfalt sowie einer gleichzeitigen
149 Aufstellung von Solaranlagen verbinden. Mit der „Charta Stadtgrün“ haben wir einen Plan
150 vorgelegt, wie zukünftig die Grünflächenentwicklung in der Stadt aussehen soll.
151 Jahrzehntlang wurde die Grünpflege in Berlin finanziell und personell ausgeblutet. Damit
152 haben wir Schluss gemacht und die Mittel für die Baum- und Parkpflege massiv erhöht. Durch
153 die Stadtbaumkampagne konnten 10.000 zusätzliche Straßenbäume in Berlin gepflanzt werden.
154 Außerdem haben wir in die Strukturen investiert und die Bezirke mit mehr Geld für ihr
155 Grünflächenamt und für ihre Bäume ausgestattet. Diesen Weg werden wir weitergehen, um so die
156 Anzahl der Bäume zu steigern und insgesamt mehr grüne und blaue Infrastruktur aufzubauen.
157 Hierfür haben wir im Doppelhaushalt 2022/2023 einen Entsigelungstopf für die Bezirke mit 30
158 Millionen Euro eingeführt. Mit dem Kleingartenentwicklungsplan 2030 haben wir fast alle
159 Kleingärten für die kommenden Jahre geschützt und wir werden uns auch darüber hinaus für
160 ihren Erhalt einsetzen.

161 1.1 Klimaneutrales Berlin: mit den Erneuerbaren in eine sichere Energieversorgung

162
163 Wir meinen es schon immer ernst mit Klimaschutz. Bereits vor dem russischen Angriffskrieg
164 auf die Ukraine, haben wir den Weg frei gemacht für ein klimaneutrales Berlin. Wir haben die
165 Klimanotlage ausgerufen, die Hälfte der Berliner Kohlekraftwerke abgeschaltet und mit der
166 Solarwende die erneuerbaren Energien ausgebaut. Nun müssen wir diesen Weg der Energiewende
167 konsequent fortsetzen. Wir streiten weiterhin dafür, Berlin auf den 1,5-Grad-Pfad zu bringen
168 und die Pariser Klimaziele zu erreichen. Klimaschutz muss deshalb Verfassungsrang in unserer
169 Stadt bekommen. In dieser Wahlperiode werden wir uns in Verhandlungen dafür einsetzen, den
170 Gasausstieg einzuleiten und mindestens ein weiteres Kohlekraftwerk abzuschalten und dadurch
171 jährlich fast eine halbe Million Tonnen CO₂ einzusparen, bis 2029 sollen alle
172 Kohlekraftwerke vom Netz gehen. Die energetische Gebäudesanierung wollen wir deutlich
173 ausbauen sowie sozial gerecht gestalten. Gleichzeitig wollen wir die Anforderungen des
174 Artenschutzes beachten. Klimaschutz und Klimafolgenbewältigung sollen Hand in Hand gehen.
175 Unsere Anstrengungen zum Energiesparen setzen wir fort und koppeln alle Förderprogramme und
176 Zuschüsse an konkrete Einsparziele. Die Berliner Stadtwerke werden weiterwachsen und der
177 zentrale Dienstleister für Energie- und Quartiersprojekte des Landes und der Bezirke werden.
178 Wir werden prüfen, inwieweit eine Energiewende-Agentur in öffentlicher Trägerschaft ein
179 Partner für die Verwaltung sowie für Unternehmen sein kann und bei der Umsetzung von
180 Aktivitäten zur Energiewende unterstützen kann. Dabei nutzen wir auch die große Klima- und
181 Energiewendekompetenz, die in Berlin vorhanden ist. Und wir setzen uns dafür ein, dass
182 Klimagerechtigkeit in ganz Berlin gilt und alle Bezirke sowie Menschen von den Maßnahmen
183 profitieren.

184

185 Solar auf allen Dächern – die Energiewende in Berlin umsetzen

186

187 Damit Berlin seine CO₂-Emissionen radikal reduzieren kann, brauchen wir die Energiewende hin
188 zu 100 Prozent erneuerbarer Energie. Das größte Potential liegt dabei im Ausbau der
189 Solarenergie auf Dächern und an Fassaden Berlins. Die Stadt kann dadurch ihren Anteil von
190 derzeit 1 Prozent Solarstrom auf mindestens 35 Prozent der gesamten hier verbrauchten
191 Strommenge bis 2035 erhöhen. Durch die Einführung der gesetzlichen Solarpflicht bei

192 Neubauten, öffentlichen Gebäuden und bei wesentlichen Dachumbauten im Bestand ab 2023 haben
193 wir einen ersten Meilenstein auf dem zu diesem Ziel erreicht. Die Stadtwerke Berlin werden
194 für alle geeigneten bezirklichen Bestandsgebäude Solarpakete sowie Photovoltaik-Lösungen für
195 neue Quartiere und Neubauprojekte anbieten und umsetzen. Wir werden die notwendigen
196 finanziellen und personellen Ressourcen zur Verfügung stellen, um bis Ende 2024 alle
197 öffentlichen Gebäude, auf denen das nach aktuellem technischem Stand möglich und sinnvoll
198 ist, vollständig mit Solaranlagen auszustatten. Die für Photovoltaik geeigneten Dachflächen
199 werden dabei konsequent ausgenutzt. Bei der Beschaffung von Solartechnik und deren
200 Rohstoffen sind Produkte aus Zwangsarbeit, wie sie etwa für Produkte aus der chinesischen
201 Provinz Xinjiang festgestellt worden ist, auszuschließen, so wie es das Berliner
202 Vergaberecht vorschreibt. Wir setzen uns für eine Konkretisierung der Berliner
203 Beschaffungskriterien sowie für eine Offenlegung der Lieferketten ein. Die privaten
204 Immobilienbesitzer*innen und Wohnungsbaugenossenschaften werden wir motivieren, diesem
205 Beispiel zu folgen und keine Produkte aus Zwangsarbeit zu erwerben.

206
207 Mit der Gründung des „SolarZentrums Berlin“ haben wir bereits die Beratung und den Austausch
208 zur Solarwende massiv gefördert. Die digitale Plattform Solardachbörse wollen wir weiter
209 stärken, so dass nicht genutzte Dächer für den Aufbau von Solaranlagen zur Verfügung
210 gestellt werden können. Das erfolgreiche Energiespeicherprogramm haben wir fortgeführt und
211 ausgebaut. Darüber hinaus wollen wir die integrierte Planung von Strom- und Wärme-Netzen
212 weiter ausbauen und so mit den dazugehörigen geeigneten Speichern eine effiziente
213 Integration der lokal gewonnenen Energie vorantreiben.

214
215 Auch Privathaushalte und Unternehmen wollen wir motivieren, erneuerbare Energien selbst zu
216 produzieren und zu verbrauchen. Die Grundlage dafür ist der „Masterplan Solar City“, den wir
217 in den letzten Jahren erarbeitet haben. Darüber hinaus werden wir die Zusammenarbeit von
218 Berlin und Brandenburg intensivieren und gemeinsame Bürgerenergieprojekte zu Solar- und
219 Windkraftparks initiieren, um die gemeinsame 100%-Erneuerbare-Energie-Region zu
220 verwirklichen. Dabei sind solare Freilandanlagen mit landwirtschaftlicher Nutzung oder einer
221 naturfreundlichen Wiesengestaltung auf der Fläche zu verbinden. Wir prüfen, ob wir auf den
222 Flächen der Stadtgüter verstärkt Solar- und Windparks einrichten können. Auch Kleinstanlagen
223 für den privaten Gebrauch wie z.B. Balkonmodule sollen stärker direkt oder indirekt
224 gefördert werden. Die Mieterstrom-Projekte sollen deutlich ausgebaut werden. Für die
225 Umsetzung müssen wir alle Akteur*innen einbeziehen und fördern, insbesondere die Berliner
226 Stadtwerke, aber auch Energiegenossenschaften und engagierte Bürger*innen. Dafür werden wir
227 auch die Speicherkapazitäten ausbauen.

228
229 Wärmesektor umbauen – Gebäude modernisieren

230
231 Die Hälfte aller klimaschädlichen Emissionen Berlins fallen im Gebäude- und Wärmesektor an.
232 Auch hier wollen wir den Treibhausgasausstoß der Hauptstadt massiv reduzieren. Zentral dafür
233 ist eine gesamtstädtische Wärmeplanung, basierend auf einem Wärmekataster, das die
234 Potentiale der Wärme aus erneuerbarer Energie ebenso erfasst wie die bestehenden
235 Wärmebedarfe. Hier sind wir bereits erste Schritte gegangen und werden diesen Weg
236 weitergehen, denn gerade durch eine Wärmeplanung können die verschiedenen Akteur*innen und
237 Aktivitäten der Wärmewende koordiniert werden. Häuser, die energetisch modernisiert werden,
238 sollen – wo möglich – auch bei der Wärmeversorgung klimaneutral werden. Dazu soll die
239 Wärmeplanung in der Bauleitplanung berücksichtigt werden. Unser Ziel ist eine integrierte,
240 sektorübergreifende Infrastrukturplanung, die aus Strom- und Wärmenetzen sowie den
241 dazugehörigen Speichern, um u.a. den Ausbau von Wärmepumpen voranzubringen.

242

243 Für die Wärmewende setzen wir auf einen Mix verschiedener erneuerbare Heizungsarten: z.B.
244 Wärmepumpen, Solarthermie, Nahwärmenetze, Abwärme und Fernwärme - jede Technik am richtigen
245 Ort. Dazu brauchen wir eine Offensive für Wärmepumpen, zusammen mit dem Stopp von
246 Neuanschaffungen fossiler Heizungen, sowie den möglichst schnellen Aufbau neuer
247 regenerativer Nahwärmenetze und einen wirksamen Anschlag der Dekarbonisierung der Fernwärme.
248 Zudem wollen wir die Anstrengungen zur Energieeinsparung verstärken sowie die Fort- und
249 Ausbildung sowie Umschulung von Fach- und Arbeitskräften voranbringen und eine soziale
250 Abfederung der Transformation im Arbeitsmarkt. Gleichzeitig braucht die Energiewende
251 dringend Fachkräfte in den klimarelevanten Berufen. Um dieses Problem anzugehen, haben wir
252 Grüne einen Runden Tisch zwischen Senat, Sozialpartnern, Arbeitsagentur und Kammern
253 durchgesetzt. Wir wollen diese Berufe attraktiver machen. Dafür braucht es eine gute und
254 qualitativ hochwertige Ausbildung. Viele Betriebe haben sich bereits auf den Weg gemacht. Um
255 die Kosten für die Ausbildung zukünftig gemeinsam solidarisch zu finanzieren, wollen wir
256 eine Ausbildungsumlage einführen. Am besten sind von den Tarifparteien der jeweiligen
257 Branche selbstverwaltete Umlagemodelle, wie in der Bauwirtschaft. Dort, wo sich
258 Tarifparteien nicht einigen können, brauchen wir eine gesetzliche Umlage.
259
260 In der Fernwärmeerzeugung haben wir den Kohleausstieg bis 2030 erfolgreich vorangetrieben.
261 Ab 2030 muss Berlin kohlefrei sein. Wir halten zudem am Ziel fest, die Fernwärme bis 2035
262 komplett auf erneuerbare Energien umzustellen. Auch im Bereich der Wärme muss der Einsatz
263 von Erdgas schnellstmöglich überwunden werden. Deshalb werden wir die Potentiale für die
264 Dekarbonisierung des Fernwärmenetzes immer wieder auf den aktuellen und neuesten Stand
265 bringen, um so den 1,5-Grad-Pfad zu erreichen. Damit aus Potentialen auch konkrete CO₂-
266 Einsparungen werden, haben wir mit der Novelle des Berliner Energiewendegesetzes schon die
267 Einspeisung von erneuerbaren Energien durch Dritte ermöglicht und Vorgaben für den Anteil
268 Erneuerbarer in der Fernwärme festgeschrieben. Die Erneuerbare-Energien-Quote soll dazu
269 beitragen die erneuerbaren Wärme-Potentiale immer wieder neu zu prüfen und maximal zu
270 nutzen, um die fossile Wärme vollständig über Einsparungen und durch Wärme aus erneuerbarer
271 Energie zu ersetzen.
272
273
274
275 Unser Ziel ist die vollständige Umstellung auf Erneuerbare Wärme. Wir werden nicht zulassen,
276 dass Vattenfall die Dekarbonisierung verzögert und mit fossilen Energien unnötig Geld
277 verdient. Wir kämpfen für den schnellstmöglichen Erdgasausstieg. Außerdem sollen die
278 Temperaturen im Netz schrittweise abgesenkt werden. So heben wir die in Berlin vorhandenen
279 Erneuerbaren Wärmepotentiale und machen einen Gaseinsatz schnellstmöglich überflüssig. In
280 der Bauleitplanung verankern wir Flächen für die saisonale Wärmespeicherung. Gemeinsam mit
281 Brandenburg gründen wir eine Taskforce Energiewende, um die gemeinsame Planung in der
282 Metropolregion voranzubringen. Dabei ist für uns auch die Müllverbrennung und die
283 Verbrennung von Holz nicht als klimaneutral anzusehen.
284
285 Neben der Fernwärme sollen auch alle anderen Formen der Wärmeerzeugung bis 2035 klimaneutral
286 werden. Dazu richten wir einen Wärmewendefonds mit 1 Mrd. Euro ein.
287
288 Erneuerbare Wärme wird vor Ort erzeugt. Das garantiert eine regionale Wertschöpfung, stabile
289 Preise sowie Versorgungssicherheit. Wir starten die Wärmepumpenoffensive: Mit einer
290 Informationsoffensive mit der Handwerkskammer und den Innungen, einem Landesförderprogramm
291 Heizkörpertausch, einem Bonusprogramm für Handwerker*innen bei Wärmepumpeneinbau.
292
293 Die Nutzung von Geothermie wollen wir erleichtern sowie die Nahwärme etwa aus der

294 Abwasserkanalisation und dem Grundwasser besser nutzen, z.B. durch kalte Netze. Wir setzen
295 auf eine integrierte Infrastrukturplanung aus Strom- und Wärmenetzen. Den Einsatz von grünem
296 Wasserstoff sehen wir vorrangig in Bereichen, in denen es bisher keine anderen technischen
297 Lösungen gibt. In der Wärmeversorgung erachten wir Wasserstoff in der Grundlast für nicht
298 zielführend.

299
300 Außerdem setzen wir auf lokale Wärmezeugung in Berlins Kiezen: Jenseits der Fernwärme
301 sollen neue dezentrale Nahwärmenetze auf Quartiersebene gefördert, örtlich erzeugte Wärme
302 aus verschiedenen erneuerbaren Quellen in diese eingespeist und lokal verteilt werden. Mit
303 der Service- und Beratungsstelle für energetische Quartiersentwicklung haben wir hierfür
304 bereits eine wichtige Anlaufstelle geschaffen. Pilotprojekte mit kalter Nahwärme sollen an
305 geeigneten Standorten umgesetzt werden. Grüne Nahwärme muss als Konsequenz der Wärmeplanung
306 strategisch entwickelt werden. Für die Umsetzung sollen neue Akteure wie z.B. das Stadtwerk
307 oder Bürgerenergiegenossenschaften aufgebaut und finanziell gefördert werden. Wir wollen ein
308 Kompetenzzentrum Wärme in öffentlicher Hand schaffen. Um Nahwärmeprojekte wirtschaftlich zu
309 machen, müssen öffentliche Liegenschaften in der Nähe Ankerkunden werden. Außerdem werden
310 wir auch die Kühlung der Stadt und der Gebäude vorantreiben, sei es durch Techniken der
311 Verdunstungskühlung, Dach- und Fassadenbegrünung oder Techniken der natürlichen Lüftung.

312
313 Um die Klimaziele Berlins zu erreichen, müssen wir noch deutlich stärker die energetische
314 Modernisierung von Gebäuden voranbringen und die Sanierungsquote erheblich steigern, um so
315 auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen. Mit einem Gebäudesanierungsfonds von 1 Mrd. Euro machen wir
316 Berlins Gebäude fit für die Klimaneutralität. Darüber hinaus setzen wir auf weitere
317 Maßnahmen, um den Gebäudebestand klimaneutral zu machen. Kostenlose Initiativberatungen für
318 private Eigentümer*innen, sowie Energie-Einspar-Contracting für sozial sensible
319 Modernisierung können zur Energieeinsparung beitragen. Dafür ist auch eine Ausbildungs-
320 Fortbildungs- und Gründungsoffensive gegen Fachkräftemangel im Handwerk nötig. Die aktuelle
321 Energiekrise zeigt deutlich: die Wärmewende ist ein soziales Projekt. Nirgendwo zeigt sich
322 der Zusammenhang zwischen ökologischer Wende und sozialer Gerechtigkeit so eng wie hier.

323
324 Es ist nicht hinnehmbar, dass Modernisierungskosten, wie derzeit im Bundesmietrecht
325 vorgesehen, komplett auf Mieter*innen abgewälzt werden. Das schafft keine Akzeptanz für
326 Klimaschutzmaßnahmen und befördert soziale Verdrängung. Stattdessen setzen wir uns für eine
327 faire Kostenverteilung im Sinne eines Drittelmodells zwischen den Mieter*innen, den
328 Vermieter*innen und der öffentlichen Hand ein. Bis dies auf Bundesebene realisiert ist,
329 schöpfen wir die Möglichkeiten auf Landesebene aus. Dazu gehört neben der Deckelung der
330 Umlage für Mieter*innen und der Bereitstellung von Landesfördermitteln auch die Einführung
331 des Stufenmodells, das Immobilienbesitzende in die Pflicht nimmt, die energetische
332 Gebäudemodernisierung dort zu beginnen, wo der (schlechte) Gebäudezustand es am dringendsten
333 erfordert. Für Mieter*innen soll die Warmmiete durch sinkende Energiekosten neutral bleiben.
334 Die höhere Kaltmiete sollte sich durch niedrigere Energiekosten wieder ausgleichen. Dazu
335 bedarf es jedoch einer Änderung der energetischen Modernisierungsumlage auf Bundesebene und
336 einer stärkeren Förderung energetischer Modernisierungsmaßnahmen hier in Berlin. Wir setzen
337 uns auf Bundesebene dafür ein, zu prüfen, wie wir die Grunderwerbssteuer im Sinne eines
338 Anreizes zur energetischen Gebäudemodernisierung ausgestalten können. Neben der
339 energetischen Modernisierung werden wir weitere Maßnahmen ergreifen, um den Wärmeverbrauch
340 zu reduzieren. Mit dem Bauinformationszentrum wollen wir einen niedrigschwelligen
341 Anlaufpunkt für Mieter*innen und Immobilienbesitzende schaffen, die sich hier informieren
342 und vernetzen können. Die Beratung soll dabei alle gesellschaftlichen Gruppen ansprechen und
343 Angebote – beispielsweise auch für Frauen oder Menschen mit Sprachbarrieren – entwickeln.
344 Zusätzlich wollen wir Wohngemeinschaftsprojekte fördern, uns auf Bundesebene für ein Recht

345 auf Wohnungstausch einsetzen und Menschen unterstützen, die ihre Wohnung tauschen wollen.

346

347 Energienetze transformieren - Versorgungssicherheit in öffentlicher Hand

348

349 Weil Grundversorgung in öffentlicher Hand die beste Versorgung für alle garantiert, wollen
350 wir kritische Infrastrukturen wie Energienetze in die öffentliche Hand zurückholen. Der
351 vollständige Rückkauf des Berliner Stromnetzes beendet nicht nur einen jahrelangen
352 Rechtsstreit, sondern ermöglicht endlich gezielte Investitionen in die Infrastruktur der
353 Energiewende der Stadt und die genossenschaftliche Beteiligung der Bürger*innen zur aktiven
354 Mitgestaltung über die BürgerEnergie Berlin. Den Einfluss des Landes Berlin wollen wir auf
355 alle Energienetze ausweiten, um die Umsetzung der Wärmeplanung schnell zu ermöglichen. Wir
356 streben die Rekommunalisierung der Fernwärme an, um aktiv den Umbau des Netzes hin zu
357 erneuerbarer Wärme mit Temperaturabsenkung voranzutreiben. Dafür legen wir einen
358 Dekarbonisierungs-Plan vor, den wir entschlossen umsetzen werden. Darüber hinaus werden wir
359 prüfen, inwieweit eine Rekommunalisierung der GASAG mit unseren energie- und
360 klimapolitischen Zielen vereinbar ist. Klar ist, dass eine rekommunalisierte GASAG zusammen
361 mit der Stromnetz Berlin zur Transformationstreiberin hin zu einer integrierten Strom- und
362 Wärmeinfrastruktur mit kaskadierenden Wärmenetzen werden muss. Dieser grundlegend neue
363 Auftrag sollte sich auch in einem neuen Namen widerspiegeln. Insbesondere die Bedeutung des
364 Gasnetzes und seine mittel- bis langfristige Nutzbarkeit für den Transformationsprozess hin
365 zur Klimaneutralität werden wir kritisch analysieren. Am Ende muss unser Ziel sein: eine
366 klimaneutrale Wärmeversorgung auch in Bürger*innen Hand. Dabei darf der Aufkauf den realen
367 Ertragswert unter Annahme der Einhaltung des Pariser Klimaschutzabkommens nicht übersteigen.
368 Diese Analyse wird ein wichtiger Faktor unserer Entscheidung sein. Dabei werden wir neben
369 einer möglichen Rekommunalisierung auch alternative Handlungsoptionen zum Aufbau einer
370 regenerativen Wärmeinfrastruktur weiterverfolgen.

371

372 Große Energieunternehmen haben jahrelang von niedrigen Preisen profitiert, weil die Natur
373 als kostenlose Ressource angesehen wurde. Wir wollen, dass sie Verantwortung für ihr Handeln
374 übernehmen. Der Gesellschaft sollen nicht alleine die Klimafolgekosten aufgebürdet werden.

375

376 Klimaschutz zur Querschnittsaufgabe machen – das Berliner Klima-Budget

377

378 Mit dem Einsetzen des Senatsausschusses Klimaschutz haben wir bereits begonnen die
379 Senatsarbeit so umzugestalten, dass konkrete Ziele und Aufgaben handlungsleitend sind und
380 nicht der alleinige Ressortzuschnitt. Der Senatsausschuss überwacht die Einhaltung der
381 Berliner Klimaziele, Bei drohender Verfehlung der CO₂-Einsparungsvorgaben werden von ihm
382 zusätzliche Klimaschutz-Maßnahmen veranlasst sowie ressortübergreifend Zielkonflikte gelöst.
383 Es ist entscheidend, dass sich alle mit voller Kraft dem Ziel des Klimaschutzes verpflichtet
384 fühlen und ihr Handeln an der Erfüllung dieses Zieles messen lassen. Dazu richten wir ein
385 transparentes Monitoring ein, das mittels weniger Schlüsselindikatoren für die besonders
386 CO₂- relevanten Sektoren den Fortschritt nachvollzieht und einen Überblick ermöglicht. Die
387 Indikatoren werden online veröffentlicht und regelmäßig aktualisiert. Eine Überprüfung, ob
388 Fachverwaltungen und Bezirke ihre Klimaschutz-Vorgaben einhalten, soll durch unabhängige
389 Gutachten oder den Berliner Klimaschutzrat erfolgen, den wir strukturell weiter stärken
390 wollen. Für die Berliner Verwaltungen muss Klimaschutz zur Querschnittsaufgabe werden. Das
391 braucht es klare Strukturen, Verantwortlichkeiten und mehr zuständiges Personal auf Landes-
392 und Bezirksebene. Darüber hinaus brauchen wir eine integrierte Infrastrukturplanung, die
393 Strom, Wärme und Mobilität, aber auch Klimaanpassung und Wassermanagement gemeinsam denkt
394 und vorantreibt. Wir legen deshalb mit dem neuen Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm
395 (BEK), für jeden Bereich (Energie, Verkehr, Wirtschaft und Gebäude) verbindliche Vorgaben

396 für die Treibhausgas-Einsparungen fest, die mit dem 1,5 Grad Pfad kohärent sind, und
397 unterlegen diese mit konkreten Maßnahmen und den notwendigen Budgets. Die Politikgestaltung
398 in diesen Sektoren wird konsequent an den CO₂-Reduktionszielen ausgerichtet. Hierfür sollen
399 Anreize und ordnungspolitische Maßnahmen genutzt sowie die Klimamaßnahmenpläne der
400 relevanten Bereiche mit der Haushaltsaufstellung eingefordert werden. Wir implementieren eine
401 jährliche Datenerfassung und Zielerreichungskontrolle und prüfen die Genauigkeit,
402 Vollständigkeit und Aktualität der Daten. Bei Zielverfehlungen sollen die jeweils
403 zuständigen Senatsverwaltungen nach dem Vorbild der Bundesebene die auf Landesebene
404 erforderlichen Sofortmaßnahmen auf den Weg bringen. Gleichzeitig wird offengelegt, welche
405 öffentlichen Ausgaben besonders klimaschädlich sind. Die entsprechenden Mittel müssen dann
406 nach Möglichkeit umgewidmet werden.

407
408 Darüber hinaus wollen wir alle neuen Gesetze und Maßnahmen unter einen Klimavorbehalt
409 stellen.
410 Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass die Klimakrise auch als Notsituation im Sinne
411 der Gesetze zur Landesschuldenbremse eingestuft wird und somit Investitionen zur CO₂-
412 Vermeidung vorgenommen werden können. Der Klimabürger*innenrat hat uns verdeutlicht, wie
413 sehr die Klimapolitik von einer engen Zusammenarbeit von Politik und Zivilgesellschaft
414 profitiert. Es ist entscheidend, dass alle erarbeiteten Forderungen des
415 Klimabürger*innenrates ernst genommen und möglichst umgesetzt werden. Wir schreiben
416 Bürger*innenbeteiligung auch in Zukunft groß und wollen mit ähnlichen Formaten die
417 Berliner*innen beim Klimaschutz mit einbeziehen. Wir wollen den Dialog mit der Wirtschaft
418 nutzen, um ambitioniertere Maßnahmen für das BEK für den Sektor Wirtschaft zu entwickeln und
419 deren Akzeptanz zu sichern. Das BEK werden wir weiterentwickeln und setzen dabei auch auf
420 verbindliche Maßnahmen. Wir sorgen dafür, dass die zur Verfügung gestellten Mittel noch
421 besser genutzt werden können.

422 Wir begrüßen den Volksentscheid "Berlin 2030 klimaneutral" und wünschen ihm viel Erfolg,
423 denn auch wir sagen Ja zu mehr Klimaschutz. Wir nehmen das Votum der zahlreichen
424 Berliner*innen ernst, die für Bürger*innenbeteiligung und mehr Klimaschutz unterschrieben
425 haben. Als Grüne werden wir den Umbau Berlins zu einer klimaneutralen Stadt
426 sozialverträglich umsetzen und so auch die Abhängigkeit von den steigenden Preisen der
427 fossilen Energieträger beenden. Klar ist dabei auch: Wir müssen die Klimaneutralität Berlins
428 deutlich schneller erreichen als es die derzeitige gesetzliche Vorgabe von 2045 vorsieht.
429 Auch wenn es zum jetzigen Zeitpunkt jedoch praktisch nicht möglich scheint, Berlin
430 vollständig bis 2030 klimaneutral umzubauen, werden wir uns dafür einsetzen das
431 Energiewendegesetz durch Maßnahmen nachzuschärfen, um Berlin schnellstmöglich klimaneutral
432 zu machen.

433
434 Klimaschutz in den Bezirken

435
436 Der Klimaschutz in den Bezirken soll künftig gestärkt und konsequenter eingefordert werden.
437 Die bisherige Aufforderung der Bezirke am Klimaschutz mitzuwirken, wollen wir als
438 Verpflichtung ausgestalten, Emissions-Reduktions-Ziele, die mit den Zielen des Landes
439 vereinbar sind, sowie ausreichende Maßnahmen für deren Erreichung zu definieren.

440
441 Dazu wollen wir unter anderem die Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) der Bezirke um
442 Klimaschutzkriterien erweitern, damit Bezirke für klimafreundliches und ressourcenschonendes
443 Handeln nicht mehr finanziell bestraft, sondern belohnt werden. In allen Bezirken sollen die
444 Klimaschutzmanager*innen künftig das Klimabudget verwalten, in allen Ämtern etablieren sowie
445 Hand in Hand mit den Beteiligungsreferaten arbeiten. Dabei muss sowohl technisches Know-how

446 wie auch Fähigkeit und Befugnis zur Klima-Governance vorhanden sein. Damit die Bezirke
447 stärker als bisher die Mittel aus den Förderungen im Rahmen des BEK in Anspruch nehmen,
448 müssen sie über ausreichend personelle Ressourcen für die Antragstellung verfügen. Die
449 Bezirksämter müssen als handlungsfähige Steuerungsebene für die Wärmeplanung und Umsetzung
450 von Quartierslösungen ausgebaut werden, sowohl was die Ausstattung mit Personal als auch mit
451 finanziellen Mitteln und Kompetenzen angeht. Darüber hinaus wollen wir die bezirklichen
452 Bildungs-, Beratungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten im Bereich Klimaschutz und nachhaltige
453 Techniken des Wassermanagements, der Begrünung und der Grünpflege deutlich ausweiten. In
454 Zusammenarbeit mit der IHK, der Handwerkskammer sowie den betroffenen Innungen wollen wir
455 Vorgehensweisen entwickeln, um Möglichkeiten, Angebote und Förderprogramme zur Ausbildung in
456 allen für die Energiewende relevanten Berufen zu erarbeiten. Besonderes Augenmerk soll dabei
457 auf Frauen und junge Geflüchtete gelegt werden. Das Berliner Vergaberecht berücksichtigt
458 bereits ökologische und soziale Kriterien. Dies soll kurzfristig konsequent um
459 Klimaschutzkriterien ergänzt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass mittelfristig
460 Dienstleistungen und Produkte nur von klimaneutralen Unternehmen beschafft werden.

461 1.2 Berlin summt und brummt: Stadtgrün und Artenvielfalt schützen

462 In keiner anderen Metropole leben so viele Nachtigallen wie in Berlin. Damit das so bleibt,
463 müssen wir Berlins Stadtnatur schützen. Die Klimakrise ist in vollem Gange und hat schon
464 sichtbare Spuren hinterlassen. Neun von zehn Bäumen in Berlin zeigen Schäden, die auf die
465 langen Dürreperioden der letzten Jahre zurückzuführen sind, und nur 7 Prozent der Waldbäume
466 waren nach dem letzten Zustandsbericht noch gesund. Gleichzeitig finden sich immer mehr
467 Tiere und selbst ehemalige „Allerweltsarten“ auf der Roten Liste. Berlins Stadtgrün ist
468 wertvoll, denn es ist nicht nur ein Ort der Erholung, sondern auch der Artenvielfalt,
469 Frischluftversorgung, Klimakühlung und CO₂-Speicher. Ohne das Grün werden Mensch und Natur
470 in der Stadt enorm unter der Verdichtung, dem Lärm, dem Stress und den Folgen der Klimakrise
471 leiden. Eine intakte Natur ist kein Luxus, sondern gehört für uns zur Grundversorgung und
472 ist essenzieller Teil der Daseinsvorsorge. Denn neben dem Erreichen der Pariser Klimaziele
473 wird die Klimaanpassung für unsere Stadt eine der größten Herausforderungen in den kommenden
474 Jahren sein.

475 Stadtgrün erhalten und Bäume pflanzen

476 Wir haben in den letzten Jahren massiv in die Pflege der Berliner Grünanlagen, der
477 Straßenbäume und Wälder investiert und viel für ihren Schutz getan. Durch uns wurde die
478 größte Grünbauoffensive seit langem angestoßen. In einem Dreiklang aus Flächensicherung,
479 Stärkung des Stadtgrüns und strategischem Ankauf wollen wir unsere Stadt ergrünen lassen. Um
480 dem Klimawandel die Stirn bieten zu können, müssen wir diesen Einsatz verstetigen und weiter
481 ausbauen. Wir wollen die Bewässerung und das Pflanzen von Straßenbäumen verbessern. Dazu
482 müssen Straßen und Grünflächenämter besser ausgestattet und die dafür notwendige
483 Infrastruktur ausgebaut werden. Und wir wollen das Engagement der Berliner*innen fördern,
484 auch selber vor der Haustür ihr Stadtgrün zu pflegen. Dazu wollen wir alle Schwengelpumpen
485 wieder in einen funktionsfähigen Zustand versetzen und den Menschen einen erleichterten
486 Zugang zu Informationen geben, die sie dafür brauchen. Unser Ziel ist es, die durch
487 Bauprojekte, Klimaschäden oder Alterung verloren gegangenen Bäume zeitnah durch neue Bäume
488 zu ersetzen und gleichzeitig durch Pflanzungen den Baumbestand in Berlin deutlich zu
489 erhöhen. Bäume, die gefällt werden mussten, werden durch vier junge Bäume ersetzt oder durch
490 vergleichbare Maßnahmen kompensiert. Die laufende Stadtbaumkampagne des Senats wollen wir
491 über das Jahr 2021 hinaus fortführen, um das Spenden für Straßenbaumpflanzungen zu
492 ermöglichen. Dabei wollen wir vermehrt Baumarten anpflanzen, die an die klimatischen
493 Veränderungen des 21. Jahrhunderts möglichst gut angepasst sind. Der Erhalt von
494 Bestandsbäumen hat für uns Vorrang. Deshalb wollen wir die Bedingungen für die bestehenden

495 Straßenbäume mit entsprechenden Maßnahmen verbessern. Zusätzlich wollen wir in den Bezirken
496 Obstbäume neu pflanzen, die Schatten spenden, und Berlin mehr und mehr in eine „essbare
497 Stadt“ verwandeln. Damit nicht nur Bäume auf öffentlichen Flächen besser geschützt werden,
498 wollen wir zudem die Baumschutzverordnung aktualisieren, die Liste der zu schützenden
499 Baumarten ausweiten und dafür sorgen, dass Verstößen nachgegangen wird. Damit das Grün in
500 Berlin weiterwächst und Berlin grün wird, müssen die Maßnahmen der Charta Stadtgrün in einem
501 Handlungsprogramm konkretisiert, finanziert und abgesichert werden. Dabei soll ein
502 besonderes Augenmerk auf die konkrete Grünversorgung in den Kiezen gelegt werden und dabei
503 auch auf Kennzahlen zurückgegriffen werden.

504 Auch Kleingärten sind in der wachsenden Stadt unverzichtbar, sie kühlen die Stadt, erhalten
505 den Artenreichtum und sollten für viele Großstädter*innen auch Naherholungsgebiete sein. Wir
506 wollen sie daher erhalten und schützen. Mit dem Kleingartenentwicklungsplan 2030 als
507 behördenverbindlichem Planungsinstrument haben wir dafür eine wichtige Grundlage gelegt.
508 Aber wir wollen mehr und deshalb darüber hinaus eine langfristige Strategie zur Sicherung
509 der Kleingärten und eine bessere rechtliche Absicherung. Bebauungspläne und der
510 Flächennutzungsplan bieten schon heute die Möglichkeit, den betroffenen Anlagen Sicherheit
511 und Verlässlichkeit zu geben. Kleingärten sollen nur im Ausnahmefall, etwa für die soziale
512 Infrastruktur oder eine verkehrliche Erschließung, weichen müssen. Damit alle Berliner*innen
513 von ihnen profitieren können, sollen sich die Kleingartenanlagen noch mehr als bisher für
514 die Stadtgesellschaft öffnen und neue Formen gemeinschaftlichen Gärtnerns aktiv
515 unterstützen. Durch eine Parzellenteilung von großen Gärten bei Pächterwechsel sollen noch
516 mehr Menschen in den Genuss von Kleingärten kommen. Programme für ökologische Gartenarbeit
517 oder zum Anbau von alten und seltenen Obst- und Gemüsesorten werden wir ausbauen und
518 intensivieren. Auch eine wildnisfreundliche und naturnahe Gartengestaltung unterstützen wir.

519 Berlin: bestäuberfreundlich und artenreich

520 Seltene Pflanzen- und Tierarten brauchen die Möglichkeit des „Wanderns“, um ihren Genpool zu
521 stärken und die biologische Vielfalt in unseren Biotopen zu erhöhen. Hier müssen endlich
522 genügend Möglichkeiten – wie Fischwandertreppen an Schleusen, Renaturierung der Bäche und
523 Flüsse, Ein- und Ausstiegsmöglichkeiten an den Kanälen und sichere Querungsmöglichkeiten an
524 Autobahnen, Straßen und Brückenneubauten – in wesentlich größerem Umfang als bisher
525 geschaffen werden. Dazu müssen auch die Biotopverbindungen vom Umland in die Innenstadt und
526 das innerstädtische Biotopnetz zwingend erhalten und neu geschaffen werden. Ziel ist ein
527 qualitativ hochwertiger Biotopverbund. Auf Grünflächen und in begrünten Zwischenbereichen
528 des Straßenlands wollen wir insektenfreundliche Wildblumenwiesen einrichten, um Lebensräume
529 für Wildbienen zu schaffen.

530 Wir wollen das von uns zur Förderung der Imkerschaft Erreichte verstetigen und ausbauen. Die
531 schon geschaffene Bienenkoordinierungsstelle an der FU bildet Imker*innen weiter, die
532 Vernetzung der Imkerschaft in Berlin wollen wir unterstützen. Wissenschaftliche Studien zur
533 ökologischen Bienenhaltung werden besser finanziert. Die Kooperation zwischen den
534 Imker*innen und bezirklichen Veterinärämtern wollen wir verbessern.

535 Weniger Beton, mehr Grün – denn Grünflächenschutz ist Gesundheits- und Klimaschutz

536 Die letzten drei Sommer in Berlin waren überdurchschnittlich heiß. Vor dem Hintergrund der
537 fortschreitenden Klimakrise ist davon auszugehen, dass dieser Trend langfristig anhält.
538 Extreme Hitze ist gesundheitsschädigend, besonders kleine Kinder, alte Menschen und Menschen
539 mit Vorerkrankungen leiden unter der Hitze. Neben den Klimaschutzmaßnahmen müssen wir
540 deswegen auch Klimaanpassungen vornehmen. Dafür erarbeiten wir konkrete Ziele zur Anpassung
541 an die Folgen des Klimawandels mit klaren Zeitvorgaben. Berlin muss sich besser auf
542 Hitzewellen und Starkregenereignisse vorbereiten, das gelingt mit klugen Investitionen in

543 die Stadtinfrastruktur und einer grundsätzlichen Prüfung der Klimaresilienz aller
544 Infrastrukturmaßnahmen.

545 Wasser kühlt die Umgebungstemperatur ab und beugt Hitzeinseln vor. Deswegen wollen wir
546 Berlin zur Schwammstadt umbauen. Wir wollen das Regenwasser speichern und nutzen, statt es
547 zu sammeln und in Kanäle abzuleiten. Das kühlt die Stadt und hält die Gewässer sauber. Mit
548 der Gründung einer Regenwasseragentur und dem „1.000 Grüne Dächer“-Programm haben wir diesen
549 Weg bereits eingeschlagen. Dadurch können Starkregenereignisse abgepuffert und das Wasser
550 für Dürrezeiten kann effizienter gespeichert werden. Auch die Begrünung von Balkonen,
551 Hauswänden und Fassaden ist entscheidend, um so CO₂ zu binden, die Luft zu reinigen, die
552 Biodiversität zu vergrößern und die Stadt zu kühlen. Auch in diesem Bereich werden wir
553 Programme und Projekte unterstützen und die Förderung verbessern. Ein Hauptproblem bleibt
554 aber die Versiegelung von Flächen durch Beton und Asphalt. Dort kann kein Wasser versickern
555 und es entstehen im Sommer schnell Hitzeinseln, die die Stadt aufheizen. Wir werden gezielt
556 Flächen wie Straßen, Parkplätze oder Schulhöfe identifizieren, um sie von Beton und Asphalt
557 zu befreien und für einen besseren Regenrückhalt zu sorgen. Grundlage dafür sind offenere,
558 unversiegelte Böden. Dazu werden wir ein landesweites Entsiegelungsprogramm auflegen und
559 eine jährliche Zielmarke festlegen. Wir streben eine Nettonull für die Flächenversiegelung
560 im Jahr 2030 an. Dies kann auch dadurch erfolgen, dass der Berliner Leitfaden zur Bewertung
561 und Bilanzierung von Eingriffen die Ver- und Entsiegelungen so bewertet, dass sich ein
562 deutlich erhöhter Anreiz zur Vermeidung von Versiegelung und für Entsiegelungsmaßnahmen
563 ergibt. Außerdem soll die im Berliner Bodenschutzgesetz geforderte Bodenschutzkonzeption
564 weitere Maßnahmen zur Vermeidung von Bodenversiegelungen entwickeln. Wir wollen vor allem
565 dort entsiegeln, wo Grün- und Freiflächen fehlen, um die Umweltgerechtigkeit zu steigern.
566 Mit mehr und anspruchsvoll bepflanzten Versickerungsflächen wollen wir auch die
567 Lebensqualität durch Verdunstung und Kühlung der Stadt erreichen, auch neue Pocket-Parks
568 sollen dazu beitragen. Zudem wollen wir an geeigneten Stellen sogenannte Regengärten anlegen
569 und so auch zur Kühlung der Stadt beitragen. Um dem weiterhin rasant steigenden Flächenfraß
570 etwas entgegenzusetzen, wollen wir Dachaufbauten stärken. Nach dem Vorbild Wiens wollen wir
571 in Berlin mehrere „Kühle Meilen“ etablieren. Mit mehr Bäumen, Rank- und Kletterpflanzen,
572 Räumen für geschützte Wildtierarten, mit Trinkwasserbrunnen, Wasserspielen,
573 Erfrischungsmöglichkeiten und ausreichend Sitzgelegenheiten für Jung und Alt sowie
574 entsiegelten und wiederbepflanzten Bereichen, zum Beispiel Regenbeeten und
575 Versickerungstreifen, die Regenwasserrückhalt im Boden ermöglichen. Mit Anwohnerbeteiligung
576 schaffen wir in den Kiezen kühle, ruhige Oasen, die auch der Gesundheit und dem Hitzeschutz
577 dienen. Unser Ziel ist es, in der nächsten Wahlperiode in klimatisch belasteten Gebieten 20
578 Klimastraßen und „Kühle Meilen“ einzurichten.

579 Neue Stadtplätze, Parkplätze sowie neue Straßen sollen mit versickerungsfähigem Belag
580 versehen werden. Soweit möglich soll Beton als Baustoff und der Bau neuer Straßen vermieden
581 werden. Immer mehr Berliner*innen wollen aktiv das Grün in ihrem Wohnumfeld schützen und
582 weiterentwickeln. Diese Initiativen wollen wir unterstützen und für sie
583 Beratungsmöglichkeiten schaffen. Gemeinschaftsgärten und Urban-Gardening-Initiativen wollen
584 wir zudem durch das Land Berlin Flächen zur Verfügung stellen, um den Stadtraum zu begrünen.
585 Damit sich flächendeckend in allen Stadtteilen Gemeinschaftsgärten etablieren und neue
586 Urban-Gardening-Initiativen entstehen können, wollen wir den Ankauf neuer Flächen finanziell
587 unterstützen. Außerdem wollen wir Hofbegrünungsinitiativen weiterhin durch ein eigenes
588 Programm finanziell unterstützen. Das Ökokonto soll weiter ausgebaut werden, so dass
589 Grünflächen und Biotop vom Land zusammenhängend entwickelt werden können und die Flächen
590 für Kompensationsmaßnahmen bei Bauprojekten zur Verfügung stehen. Dabei gilt immer, dass
591 jede versiegelte Fläche konsequent und ortsnahe durch eine entsiegelte Fläche ausgeglichen
592 werden muss. Ausgleichszahlungen dürfen keine Regel, sondern Ausnahmen sein. Wir wollen

593 einen Berliner Naturcent einführen, der sich aus dem Grundsteueraufkommen speist und in die
594 Pflege von Parks und Naturschutzgebieten fließen soll.

595 Dank uns Grünen ist Berlin bereits Teil des Blue-Community-Netzwerkes geworden, wir haben
596 über 100 neue Trinkwasserbrunnen aufgestellt, und öffentliche Orte wie Schulen oder
597 Rathäuser bekommen Wasserspender. Das wollen wir weiter ausbauen, gerade für Hitze-
598 Risikogruppen wie Kinder, ältere Menschen und Menschen, die auf der Straße leben, wollen wir
599 einfache und kostenlose Zugänge zu Trinkwasser schaffen. Langfristig wollen wir
600 Trinkwasserbrunnen auch an allen Spielplätzen, Bahnhöfen und Parks aufstellen und darüber
601 hinaus Restaurants ermutigen, zu Auffüll-Stationen zu werden. Der Klimawandel und eine
602 wachsende Bevölkerung werden gravierende Auswirkungen auf die Wasserversorgung Berlins
603 haben. Daher ist es wichtig, heute zu handeln. Mit dem „Masterplan Wasser“ haben wir eine
604 wichtige Grundlage gelegt. Der Masterplan muss immer wieder aktualisiert und fortgeschrieben
605 werden. Um die Wasserversorgung auch künftig sicherzustellen, sind wir auf eine enge und
606 kontinuierliche Zusammenarbeit mit unseren Nachbarländern und insbesondere Brandenburg
607 angewiesen. Wir sprechen uns für die Wiedereröffnung der Wasserwerke Jungfernheide und
608 Johannisthal aus und dafür, dass die Wasserwerke in eine moderne Wasseraufbereitung
609 investieren und insbesondere eine umfassende Spurenstoffstrategie verfolgen. Die wachsende
610 Stadt muss auf einen umfassenden Schutz des Grundwassers für die Trinkwasserförderung und
611 den Schutz unserer Oberflächengewässer Rücksicht nehmen. Regenwasser soll, wo immer möglich,
612 zunehmend zur Bewässerung genutzt werden, gerade in heißen Sommern. Zunehmender
613 Wasserverbrauch gefährdet die verbliebenen artenreichen Feuchtgebiete und den Wald in
614 Berlin. Diesen Zielkonflikt wollen wir klug ausbalancieren und Möglichkeiten nutzen, die
615 Trinkwassergewinnung in sensiblen Naturräumen einzuschränken.

616 20 Prozent Berlins werden zum Landschaftsschutzgebiet

617 Doch nicht nur in den Kiezen soll es grüner werden. Wir brauchen auch große Freiflächen, in
618 denen sich Flora und Fauna ungestört entwickeln können und wir Menschen uns erholen.
619 Momentan sind fast alle größeren Erholungslandschaften als Landschaftsschutzgebiet
620 gesichert, das sind über 14 Prozent der Landesfläche. Wir wollen weitere Naturgebiete
621 schützen, indem wir sie zu Landschaftsschutzgebieten aufwerten und haben hierfür die
622 Personalmittel erheblich aufgestockt. Damit soll der Anteil auf 20 Prozent der Landesfläche
623 steigen. So sollen zum Beispiel Felder der Elisabeth-Aue als Teil einer übergeordneten
624 Natur-, Kultur- und Erholungslandschaft in das umgebende Landschaftsschutzgebiet integriert
625 werden. Zudem sollen mindestens 4 Prozent der Landesfläche zukünftig völlig unter
626 Naturschutz stehen. Gemeinsam mit Brandenburg und Berlins Nachbargemeinden werden wir die
627 acht Regionalparks und mit ihnen die Grünräume aus Wäldern, Feldern und Gewässern stärken
628 und entwickeln. Das existierende „Kommunale Nachbarschaftsforum“ aus den Berliner Bezirken
629 und 55 Nachbargemeinden wollen wir aufwerten. Den begonnenen Umbau bei den Berliner
630 Stadtgütern in Brandenburg hin zu mehr biologischer Landwirtschaft wollen wir beschleunigen.
631 Die dort betriebene Landwirtschaft soll mit der Regionalvermarktung in Berlin und mit
632 Aktivitäten einer stadtnahen Umweltbildung verbunden werden. Berlins Wälder innerhalb wie
633 außerhalb des Stadtgebiets haben große Bedeutung für unser Stadtklima, die
634 Trinkwasserversorgung, die Naherholung und als CO₂-Senke. Doch sie sind in der Klimakrise
635 hochgradig gefährdet. Wir wollen daher ihre Umgestaltung zu einem naturnahen und
636 klimaangepassten Mischwald beschleunigen. Für eine Naturverjüngung mit gemischten Baumarten
637 muss der Bestand an Schalenwild in Berlins Wäldern, soweit unvermeidbar, reguliert werden.
638 Gleichzeitig müssen die Berliner Moore, ein wichtiger CO₂-Speicher und Lebensraum für hoch
639 gefährdete Pflanzen- und Tierarten, dringend vor dem Austrocknen bewahrt und wo immer
640 möglich durch ein ambitioniertes Moorschutzprogramm wieder renaturiert werden. Auch unsere
641 Seen wollen wir schützen. Damit das Grün in unserer Stadt stetig weiterwächst, wollen wir
642 die bestehenden Aufkauffonds ausweiten und Flächen ankaufen, die ausschließlich für Flora

643 und Fauna reserviert bleiben. Das von uns in der aktuellen R2G-Koalition durchgesetzte
644 Projekt „Einstellung von Naturranger*innen und Parkmanager*innen“ wollen wir verstetigen.
645 Außerdem stehen wir weiter zum Erhalt des Tempelhofer Feldes in seiner jetzigen Form als
646 einer der größten und wichtigsten Grünflächen Berlins und lehnen eine Randbebauung ab. Die
647 Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie ist überfällig. Mit zusätzlichen finanziellen und
648 personellen Ressourcen wollen wir einen guten ökologischen Zustand unserer Gewässer unter
649 Beteiligung der Zivilgesellschaft wieder herstellen. Dazu prüfen wir die Einführung eines
650 Wasserentnahmeentgelts, das die Kraftwerke für die Nutzung des Flusswassers zu
651 Kühlzwecken zahlen. Für alle Gewässer werden zügig Konzepte zu ihrer naturnäheren
652 Umgestaltung erstellt. Ein zentrales Vorhaben ist dabei der zweite Bauabschnitt der
653 Renaturierung der Wuhle, so dass diese weiterhin ganzjährig Wasser führt und der
654 Artenreichtum erhalten bleibt. Wir wollen auch den Nutzungsdruck auf Berliner Gewässer
655 reduzieren und besser regeln. Unser Ziel ist, möglichst viele Wasserflächen für die
656 Naherholung zugänglich zu machen.

657 Die Friedhofsflächen sind sowohl als Orte des Trauerns als auch des Gedenkens und für die
658 Stadtnatur wertvolle Räume, die wir weiterhin schützen werden. Wir wollen Baumbestattungen
659 erleichtern und Möglichkeiten zu Baumpflanzungen im Zusammenhang mit Beisetzungen schaffen.

660 Eine Stadt ohne Müll

661 Den Berliner Müllbergen sagen wir den Kampf an. Berlin hat sich politisch dazu verpflichtet,
662 zu einer Zero-Waste-Stadt zu werden. Mit dem Abfallwirtschaftskonzept, der Zero-Waste-
663 Strategie und dem Start der Zero-Waste-Agentur sind wir erste wichtige Schritte gegangen,
664 weitere müssen folgen. Den Bezirken wollen wir deshalb bei der Pflege und Reinigung von
665 Grünflächen und Spielplätzen noch stärker finanziell unter die Arme greifen. Wir wollen den
666 Reinigungstakt in den besonders betroffenen Kiezen steigern, ohne dabei die Kosten für die
667 Anwohnenden zu erhöhen. Gerade Straßen mit hohem touristischen Aufkommen oder viel
668 Durchgangsverkehr haben einen hohen Wert für die ganze Stadt – es ist eine Frage der
669 Gerechtigkeit, die Anwohnenden nicht mit den Mehrkosten alleinzulassen.

670 Wir wollen das Problem an der Wurzel packen und Abfall vermeiden. Daher wollen wir eine
671 Konferenz zum Thema zukunfts- und kreislaufwirtschaftsfähige Produktdesigns veranstalten und
672 mit einem Wettbewerb für innovative Produkte der Kreislaufwirtschaft dem Thema mehr
673 öffentliche Aufmerksamkeit zukommen lassen. Insbesondere wollen wir gegen den
674 Verpackungswahnsinn ankämpfen und den Verkauf von unverpackten Produkten unterstützen, auch
675 in herkömmlichen Supermärkten. Mit der Eröffnung der ersten Berliner
676 Gebrauchtwarenkaufhäuser haben wir wichtige Impulse gesetzt, die wir verstetigen wollen. Was
677 am Ende doch weggeschmissen wird, muss wesentlich besser recycelt werden. Besonders die
678 Rohstoffe aus Sperrmüll sollten besser wiederverwendet werden, anstatt sie mit dem Restmüll
679 zu verfeuern. Um dem illegalen Abstellen von Müll auf der Straße entgegenzuwirken, wollen
680 wir die Sperrmüllsammlung dezentraler und wohnortnäher gestalten. Kaputte Haushaltsgeräte
681 sollen nicht gleich auf dem Müll landen, sondern in Repair-Cafés oder von professionellen
682 Reparaturbetrieben günstig repariert werden können. Das ist nachhaltig und spart Geld. Das
683 fördert eine längere Nutzungsdauer und spart Abfall. Einen wichtigen Schritt dorthin haben
684 wir bereits unternommen: Wir haben mit der Handwerkskammer ein Netzwerk an zertifizierten
685 Reparaturbetrieben gegründet. Auch die Bioabfallsammlung wollen wir weiter ausbauen, um
686 organische Abfälle optimal, etwa für die Erzeugung von Biogas, verwerten zu können. Um Müll
687 einzusparen, wollen wir in Kantinen und im Gastronomiebereich noch stärker Pfandbehälter-
688 Systeme fördern, sowohl bei der Mitnahme von Speisen als auch bei der Anlieferung von
689 Zutaten. Die Eigenkompostierung in öffentlichen Kantinen, im Gastronomiebereich und in
690 privaten Haushalten möchten wir fördern. Einen weiteren Ausbau der Berliner
691 Müllverbrennungskapazitäten lehnen wir ab und setzen auf das Prinzip „Zero Waste“. Die

692 immissionsschutzrechtlich genehmigte Obergrenze von 580.000 Jahrestonnen Input zur
693 Verbrennung des Berliner Restmülls im MHKW Ruhleben darf nicht überschritten werden.

694 Bildung für nachhaltige Entwicklung

695 Damit in der Bevölkerung das Verständnis für die Folgen des Klimawandels wächst und Menschen
696 erfahren können, wie sie zur Klimawende beitragen können, wollen wir die Bildungsarbeit im
697 Bereich der nachhaltigen Entwicklung weiter stärken und ausbauen. In den vergangenen vier
698 Jahren haben wir die Umwelt- und Naturbildung auf eine neue Grundlage gestellt. Mit einer
699 Stelle für das Bildungszentrum für nachhaltige Entwicklung (BNE) bei der Senatsverwaltung
700 für Bildung haben wir einen ersten Erfolg erzielt. Dies wollen wir ausweiten und eine
701 Koordinierungsstelle für das BNE in Berlin schaffen. Diese wird, wie in Hamburg, auf der
702 Ebene der Senatskanzlei angesiedelt. Wir haben es geschafft, in jedem Bezirk ein
703 Umweltbildungszentrum zu errichten und zu finanzieren, die Bezahlung von Pädagog*innen
704 verbessert und die Bildungsmaßnahmen ausgeweitet. Daran wollen wir anknüpfen und die
705 begonnenen Projekte weiter verstetigen sowie die Zusammenarbeit mit wichtigen Institutionen
706 wie dem Naturkundemuseum, Botanischen Garten oder auch dem Ökowerk fördern. Darüber hinaus
707 ist es entscheidend, dass zivilgesellschaftliche Akteur*innen auch vor Ort direkt in den
708 Bezirken Anlaufstellen, Räumlichkeiten und gebündelte Projektunterstützung erhalten, so dass
709 Aktive vor Ort mehr unterstützt werden. Dies könnte beispielsweise in einem Klimahaus
710 geschehen.

711 Die Hochschulen, Schulen und Kitas müssen dazu mehr Unterstützung erfahren. Die von uns
712 Grünen in der Koalition durchgesetzte deutliche Erhöhung der finanziellen Förderung der
713 zivilgesellschaftlichen Einrichtungen der Umwelt- und Naturbildung muss verstetigt und
714 ausgebaut werden.

715 1.3 Kiez & Co. – lebenswerte und ökologische Stadtquartiere

716 Damit das, was zusammengehört, gemeinsam wachsen kann, brauchen wir eine soziale und
717 ökologische Stadtentwicklung. Das funktioniert am besten, wenn Politik, Verwaltung und
718 Zivilgesellschaft an einem Strang ziehen. Wir wollen die Stadt und ihre Kieze weiter
719 zusammen mit den Berliner*innen gestalten und den Austausch von Ideen für eine
720 gemeinwohlorientierte, lebenswerte Stadt für alle systematisch fördern, etwa durch
721 integrierte städtebauliche Entwicklungskonzepte (ISEK), eine regelmäßige
722 Bezirksentwicklungsplanung, städtebauliche und architektonische Wettbewerbe, die
723 partizipative Umsetzung von Projekten im Kiez und Stadtdebatten für besondere Orte.
724 Beispiele sind der weitere Umbau des öffentlichen Raums, die Einrichtung von Begegnungszonen
725 oder der Aufbau von Quartiersmittelpunkten. Plätze und Grünanlagen müssen so gestaltet sein,
726 dass sie verschiedene Nutzungsgruppen ansprechen und das Miteinander fördern. Unser Ziel ist
727 es, entsiegelte Freiflächen zu erhalten. Dafür setzen wir auf integrierte Konzepte zur
728 Nachverdichtung der Gesamtstadt und ihrer Kieze und den Bau von flächensparenden
729 Geschosswohnungen statt auf neue Einfamilienhaussiedlungen. Wenn die Stadt wächst, muss auch
730 das Grün mitwachsen. Deshalb wollen wir Dächer und Fassaden begrünen, beim Bau neuer
731 Stadtquartiere möglichst wenig Boden versiegeln und ausreichend Grünflächen ausweisen.

732 Unsere Wohnquartiere der Zukunft, neu geplante und schon bestehende, bieten Platz für
733 Wohnen, Pflege, Nachbarschaft, Arbeiten, Bildung, Gewerbe, Freizeit, Kultur und Naherholung.
734 Die Wege zu Bildungs- und Kultureinrichtungen, zur Naherholung und für die Versorgung sind
735 kurz und die Anbindung ist so gut, dass niemand ein Auto braucht. Das erhöht nicht nur die
736 Lebensqualität, sondern ist auch gut fürs Klima. Mit einer Internationalen Bauausstellung
737 (IBA) wollen wir dieser Vision Schwung verleihen und eine soziale und ökologische
738 Stadtentwicklung weiter voranbringen.

739 Stadtquartiere der Zukunft

740 Stadtentwicklung geht über die einzelnen Häuser, Grundstücke und fachlichen Belange hinaus:
741 Wir wollen die Stadtquartiere der Zukunft schaffen, aus denen Berlin und seine Bezirke
742 erwachsen. Wir werden die Bezirke personell und finanziell dabei unterstützen, integrierte
743 städtebauliche Entwicklungskonzepte für Stadtumbau, Sicherung und Erweiterung des
744 Baubestandes, Infrastrukturbedarfe und -standorte, Klimaschutzmaßnahmen, Grün- und
745 Straßenumbau zu entwickeln. Dies wird mit Bürger*innenbeteiligung, wirklicher Partizipation
746 bei Planung und Umsetzung und diversitätssensiblen Mitwirkungsstrategien verbunden. Neue
747 Quartiere müssen von Anfang an gemeinwohlorientiert, autofrei, klimaneutral und
748 ressourcenschonend geplant werden. Alle für den Alltag wichtigen Einrichtungen wie
749 Bäckereien und Arztpraxen sollen in höchstens 15 Minuten zu Fuß erreichbar sein. Grünflächen
750 wollen wir biodivers planen und wie auf dem ehemaligen Flughafenareal Tegel durch innovative
751 „Sport- und Bewegungsparks“ für eine bewegte Stadt von morgen nutzen.

752 Der Bau von sozial-ökologischen Modellquartieren darf nicht länger warten und muss Standard
753 werden. Mit dem Schumacher Quartier ist der Anfang gemacht – viele andere Quartiere müssen
754 entsprechend folgen. Vorhandene Quartiere entwickeln wir im Rahmen der regelmäßigen
755 Bezirksentwicklungsplanung weiter, in die auch die soziale Infrastrukturplanung einfließt.
756 Die notwendigen Abstimmungen zwischen Landes- und Bezirksebene und allen beteiligten
757 Fachplanungen organisieren wir in einem breiten Diskurs zwischen Bürger*innen, Verwaltung
758 und Politik.

759 Eine Internationale Bauausstellung für Berlin-Brandenburg

760 Gemeinsam mit Brandenburg planen wir eine Internationale Bauausstellung (IBA), um die großen
761 Themen der Urbanisierung, der städtebaulichen Nachhaltigkeit, der Mobilitäts- und Bauwende,
762 des Zusammenspiels von Wohnen, Gewerbe, Infrastrukturen, Grün und Erholung beispielhaft und
763 praktisch umzusetzen. Ziel ist es, die nachhaltige, gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung
764 im Land und in den Bezirken wirksam voranzubringen. Zusammen mit den betroffenen Gruppen
765 wollen wir Lösungen für Wohnen, Gewerbe und Infrastruktur erarbeiten – sozial, ökologisch
766 und bezahlbar. So bringen wir frischen Wind, Kreativität und Innovationsgeist in die
767 Planungs- und Bauämter und stärken die Zusammenarbeit – für eine zukunftsfähige
768 Stadtentwicklung in der ganzen Region!

769 Mitbestimmung im Kiez

770 Die Kieze und Quartiere sind der Puls der Stadt. Deshalb wollen wir dort die Mitbestimmung
771 stärken und den Austausch zwischen Nachbar*innen fördern. Hierfür haben wir im
772 Doppelhaushalt die Untertstützung der Beteiligungsformen deutlich ausgebaut, nun gilt es
773 diese Strukturen mit Leben zu füllen. Die Umsetzung der Bürger*innenbeteiligungsleitlinien
774 in der räumlichen Stadtentwicklung soll vorangetrieben und durch beispielhafte und weithin
775 sichtbare Projekte verankert werden. Die Bezirke werden dabei unterstützt, eigene
776 Beteiligungsleitlinien aufzustellen, um die Beteiligung vor Ort auszubauen. Den öffentlichen
777 Raum wollen wir zu einem Ort der Begegnung umgestalten. Mit stadtteilnaher
778 Bürger*innenbeteiligung unterstützen wir die Vernetzung von Anwohner*innen und das
779 demokratische Gemeinwesen. Alle Berliner*innen sollen stärker ihr Lebensumfeld, sei es in
780 ihrem Wohnumfeld oder in der Stadt, aktiv mitgestalten können. Unzureichende Kenntnisse der
781 deutschen Sprache sollten dabei keine Hürde darstellen. Über die Bezirke sollen hierfür
782 ausreichend finanzielle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Initiativen und
783 Bürger*innen, die ihren Kiez verändern wollen, wollen wir bei der Umsetzung von Spiel-,
784 Fahrrad- oder Klimastraßen sowie beim Ausprobieren und Lebendiggestalten von
785 verkehrsberuhigten Kiezblocks stärker unterstützen, beraten und vernetzen. Dafür brauchen
786 wir Anlaufstellen vor Ort in den Bezirksämtern. Ob wir diese mit Servicebüros für die

787 Mobilitätswende oder Einführung von Verkehrswenderäten abdecken können, bedarf genauerer
788 Überprüfung.

789 In den Bezirken wollen wir die personellen und finanziellen Voraussetzungen schaffen,
790 regelmäßig Bezirksentwicklungspläne und integrierte städtebauliche Entwicklungskonzepte
791 (ISEK) aufzustellen und zu aktualisieren. In den östlichen Bezirken ist auch nach 30 Jahren
792 ein Aufholprozess bei der Aufstellung von Bebauungsplänen notwendig, um beispielsweise
793 Kulturorte wie die Kulturbrauerei auch baurechtlich zu sichern. Gemeinsam mit
794 diversitätssensiblen Beteiligungs- und Mitwirkungsstrukturen soll dadurch ein Raum für die
795 öffentliche Diskussion über Projekte der Stadtentwicklung geschaffen werden, um
796 beispielsweise Maßnahmen für soziale und grüne Infrastruktur, den Klimaschutz oder die
797 Verkehrswende erfolgreich begleiten zu können. Bei der Planung von neuen Quartieren soll dem
798 demografischen und kulturellen Wandel durch neue Wohnformen Rechnung getragen werden und der
799 Wohnungsbedarf von Gruppen mit besonderen Schwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt, wie
800 Alleinerziehenden, Menschen mit Behinderung, BPoC und migrantisierten Menschen,
801 Studierenden, Geflüchteten, psychisch Kranken, Menschen ohne sichere Deutschkenntnisse,
802 Älteren, queeren Menschen und großen Familien, bedacht werden. Dabei sollen deutlich größere
803 Wohnkontingente von sozialen Trägern gehalten und für das „geschützte Marktsegment“
804 vorgesehen werden. Soziale Träger sollen für Bauvorhaben außerdem leichteren Zugang zu
805 Bürgschaften der Stadt erhalten.

806 Klimaneutrales und nachhaltiges Planen und Bauen

807 Der Klima- und Ressourcenschutz beginnt beim Planen von Häusern und Wohnquartieren. Wir
808 setzen uns für ein ökologisches, klimaneutrales und kreislauffähiges Bauen ein. Beim Bau
809 oder bei der Modernisierung von Häusern müssen deshalb zukünftig ökologische,
810 energieeffiziente und recyclingfähige Dämm- und Baustoffe wie Hanf, Stroh, Holz, Kalk, Lehm
811 und Ziegel sowie die Potentiale des Baustoffrecyclings genutzt werden. Mit der
812 Verwaltungsvorschrift zur umweltfreundlichen Beschaffung haben wir hier für öffentliche
813 Bauvorhaben wichtige Weichen gestellt und sorgen mit dem Bauinformationszentrum für
814 Information und Vernetzung. Was nun folgen muss, sind eine Digitalisierung der Bauämter,
815 eine ökologisch reformierte Bauordnung und die grundlegende Modernisierung der Allgemeinen
816 Anweisung für die Vorbereitung und Durchführung von Bauaufgaben Berlins (ABau). Wir wollen
817 alle Grundlagen schaffen, um auch das serielle Sanieren auf Basis digitaler Planungsprozesse
818 zu ermöglichen. In der Bauwirtschaft soll die Kreislaufwirtschaft umgesetzt werden. Das
819 bedeutet, dass zukünftig nur noch Bauelemente und Baustoffe verbaut werden, die später
820 wiederverwendet oder recycelt werden können. Ebenso gilt es, erhaltenswerte Bausubstanz
821 wirksam zu schützen und Bauelemente bei Sanierungen aufzubereiten und wiederzuverwenden. Für
822 uns ist klar: Baukultur muss einen festen Ort in der Berliner Verwaltung finden. Damit dem
823 Holzbau, der eine schnelle und ökologische Alternative zum konventionellen Bauen ist, zum
824 Durchbruch verholfen werden kann, wollen wir ein Holzbau-Förderprogramm und eine Holzbau-
825 Quote von mindestens 30 Prozent bei Neubauten für landeseigene Betriebe und
826 Wohnungsunternehmen. Bei Schulen und Verwaltungsgebäuden soll die Holzbau-Quote bei
827 mindestens 50 Prozent liegen. Das dafür eingesetzte Holz soll ausschließlich aus
828 zertifiziert nachhaltigem Anbau stammen.

829 Gemeinsam mit Brandenburg, als großem Forstland und Holzproduktionsstandort, wollen wir in
830 enger Abstimmung mit den Forstverwaltungen ein Holzbau-Cluster aufbauen. Den Einsatz von
831 Beton und Stahl im Hoch- und Tiefbau wollen wir aufgrund der damit verbundenen
832 Klimabelastungen auf das Nötigste reduzieren. Soweit auf Beton als Baustoff nicht verzichtet
833 werden kann, wollen wir eine Mindestquote für Recyclingbeton einführen, um zumindest den
834 Bedarf an Sand zu verringern.

835 Auch bei der Entsorgung von gesundheitsschädlichen Altlasten im Gebäudebereich wollen wir
836 weiter vorangehen. Am Ziel, dass Berlin bis 2030 asbestfrei wird, halten wir weiter fest.
837 Dazu wollen wir die Beratungsangebote für Mieter*innen und Eigentümer*innen weiterführen und
838 ein Register mit typischen Asbestbauteilen und betroffenen Gebäuden aufbauen.

839 Grüner bauen – Tier- und Artenschutz im Städtebau verankern

840 Damit der Berliner Bauboom nicht in Betonwüsten endet, sollen Neubauten zukünftig nur noch
841 mit Gründächern und Grünfassaden errichtet werden. Gebäude sind wichtige Lebensräume für
842 Tiere. Wir wollen, dass die Bauordnung dem Rechnung trägt und Gebäudebrüter von Spatz bis
843 Fledermaus nicht Opfer von Neubau und Sanierung werden. Die öffentlichen Betriebe und
844 Wohnungsbaugesellschaften sollen ein Vorbild sein und über die minimalen Anforderungen
845 hinaus für Artenschutz sorgen. Durch einen Katalog ökologischer Kriterien für alle
846 städtischen Grundstücke und Gebäude wollen wir einen Planungsansatz in die Stadt-,
847 Landschafts- und Freiraumplanung integrieren, der die Bedürfnisse von stadtbewohnenden
848 Tieren berücksichtigt (Animal-Aided Design). Die Grünflächen sollen mit Blühwiesen und
849 strukturreichem Grün wie Hecken und Büschen insekten- und tierfreundlich gestaltet werden,
850 um Lebensräume und Biotopverbindungen für Tierarten auch in der Stadt zu erhalten. Die
851 Begutachtung auf Brutplätze bzw. Ruhestätten an Gebäuden müssen qualifiziert und rechtzeitig
852 stattfinden, wenn möglich bereits ein Jahr vor Baubeginn. Eine ökologische Baubegleitung
853 soll die Planung und Umsetzung von Maßnahmen unterstützen.

854 Energetische Sanierung des öffentlichen Gebäudebestandes

855 Der öffentliche Gebäudebestand soll durch energetische Modernisierung klimaneutral werden.
856 Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass dies auch bei privaten Gebäuden der Fall ist.
857 Um dies umzusetzen, wollen wir, dass alle Berliner Institutionen des Landes Berlin, die
858 Bezirke und alle landeseigenen Unternehmen Kosten- und Maßnahmenpläne aufstellen, die
859 darlegen, wie ihr Gebäudebestand bis 2035 so umgebaut werden kann, dass er CO₂-neutral wird.
860 Die Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) und die Bezirke wollen wir mit deutlich mehr
861 Finanzmitteln für die Planung und Umsetzung von Maßnahmen zur energetischen Modernisierung
862 ausstatten. In die Kooperationsvereinbarung zwischen dem Land Berlin und den landeseigenen
863 Wohnungsunternehmen sowie in das Wohnraumversorgungsgesetz wollen wir ebenfalls verbindliche
864 ökologische Kosten- und Maßnahmenpläne mit jährlichen Ziel- und Vergütungsvereinbarungen
865 aufnehmen. Im Rahmen der Umsetzung setzen wir auf das Konzept des Einspar-Contractings.

866 Neue Konzepte für die Stadtteilzentren – die Zeit der Shopping-Malls ist vorbei!

867 Berlin ist auch Hauptstadt der Shopping-Malls. In keiner anderen Stadt wurde in den
868 vergangenen Jahrzehnten derart rücksichtslos ein Einkaufstempel nach dem anderen in den
869 Stadtraum gesetzt. Mittlerweile ist das Geschäftsmodell überholt und steht einer
870 nachhaltigen Stadtplanung entgegen. Wir lehnen daher den Bau neuer Shopping-Malls ab und
871 setzen uns dafür ein, dass Einkaufszentren mit wirtschaftlichen Problemen umgenutzt werden.
872 Der Online-Handel und die Corona-Lockdowns haben den Berliner Stadtteilzentren und
873 Haupteinkaufsstraßen zusätzlich geschadet. Hier brauchen wir niedrigere Gewerbemieten und
874 neue Nutzungskonzepte, die mit den Menschen vor Ort erarbeitet und vom Land unterstützt
875 werden müssen. Dabei kann es um die Logistik der letzten Meile und Abholservice für den
876 Online-Handel, um Flächen für Gewerbe und Handwerk, Stadtteil- und Kiezzentren, Projekte für
877 junge Menschen und linke Freiräume, kommerzielle und nichtkommerzielle Angebote ebenso wie
878 um neues Wohnen oder um zivilgesellschaftliche und kulturwirtschaftliche Konzepte gehen. Die
879 Diskussion über die Zukunft der Bezirks-, Stadtteil- und Nachbarschaftszentren ist ebenso
880 überfällig wie über die Einkaufsstraßen der City West und der Berliner Mitte.

881 1.4 Bus, Bahn und Sharing-Modelle – bequem durch die Hauptstadt

882 Wir Grüne haben die Verkehrswende in Berlin eingeleitet. Dabei steht für uns der Umbau
883 Berlins hin zu einer noch lebenswerteren Stadt im Mittelpunkt und gleichzeitig schützen wir
884 auch das Klima und die Gesundheit der Berliner*innen, denn Lärm und Emissionen machen krank.
885 Nach Jahrzehnten einer Politik, die das Auto ins Zentrum gerückt hat, haben wir die Weichen
886 für eine zukunftsfähige Verkehrspolitik gestellt, die abgasfrei, sicher und leise ist und
887 allen Zugang zur Mobilität ermöglicht. Die Grundlage dafür bildet das erste Mobilitätsgesetz
888 Deutschlands, das in der letzten Wahlperiode für Berlin verabschiedet wurde. Außerdem haben
889 wir mit dem Nahverkehrsplan bis 2035 bis zu 28 Milliarden Euro für Betrieb und Ausbau des
890 öffentlichen Nahverkehrs zugesagt: ein historischer Aufbruch in eine neue Ära der
891 Verkehrspolitik in der Hauptstadt.

892 Wir wollen, dass mehr Menschen auf klimafreundliche Mobilität umsteigen. Damit entlasten wir
893 auch die Berliner*innen an großen, lauten Straßen, die besonders unter Lärm und Emissionen
894 leiden. Deshalb brauchen wir insgesamt deutlich weniger motorisierten Individualverkehr. Der
895 öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist – nach dem Fußverkehr – die am zweithäufigsten
896 genutzte Fortbewegungsoption der Berliner*innen. Der ÖPNV ist nicht nur klimafreundlich,
897 sondern auch eine günstige, schnelle und sichere Möglichkeit, in einer Großstadt wie Berlin
898 ans Ziel zu gelangen. Wir werden den ÖPNV als Rückgrat des Berliner Verkehrs deshalb weiter
899 stärken und ihn noch klimafreundlicher, leistungsfähiger und zuverlässiger machen. Bis 2030
900 soll der gesamte ÖPNV-Fuhrpark emissionsfrei betrieben werden. Mit dem Programm „i2030“
901 zeigen wir, dass wir über die Landesgrenzen hinausdenken. Erste Strecken werden noch in
902 dieser Wahlperiode eingeweiht, viele weitere werden folgen. So stärken wir den Pendelverkehr
903 nach Brandenburg. Ebenso setzen wir uns für den Ausbau der Bahnstrecken nach Dresden,
904 Stettin und an die Ostsee ein. Wir wollen die Potentiale der Bahnindustrie am Standort
905 Berlin mobilisieren, um die Mobilitätswende voranzutreiben und den Industriestandort Berlin
906 zu stärken.

907 Dichte Taktfolge – Bus und Bahn kommen

908 Um mehr Menschen zu motivieren, ihr Auto stehen zu lassen und auf den ÖPNV umzusteigen,
909 braucht es ein Angebot, das attraktive und verlässliche Mobilität bietet. Unser Ziel ist es,
910 in dicht besiedelten Quartieren, unabhängig davon, ob sie innerhalb oder außerhalb des S-
911 Bahn-Ringes liegen, alle fünf Minuten einen Anschluss an den ÖPNV bereitzustellen. In
912 weniger dicht besiedelten Gebieten soll den Berliner*innen mindestens alle zehn Minuten ein
913 ÖPNV-Angebot zur Verfügung stehen. Gleichzeitig muss das ÖPNV-Streckennetz zügig weiter
914 ausgebaut werden. Unser Ziel ist ein Netz ohne Lücken. Deshalb wollen wir neue
915 Umsteigepunkte zwischen der U-Bahn, S-Bahn, der Tram und vor allem den Regionalbahnen
916 schaffen. In weniger dicht besiedelten Gebieten setzen wir außerdem auf Rufbusssysteme, die
917 flexibel, barrierefrei und unkompliziert eine schnelle und gute Anbindung garantieren.
918 Mit dem Muva sind wir hierfür in dieser Periode schon erste Schritte gegangen. Auch die
919 Reaktivierung von Infrastrukturen, wie zum Beispiel den zwei ehemaligen U-Bahn-Eingängen am
920 Hermannplatz, erhöht die Attraktivität von heutigen und zukünftigen Umsteigepunkten. Gerade
921 wenn wir mehr Pendler*innen aus dem Auto auf die Schiene bringen wollen, brauchen wir eine
922 Erweiterung und neue Verknüpfungen im Netz. Dabei setzen wir auch auf den Erhalt und den
923 weiteren Ausbau von (Schnell-)Bus-Linien. Um das gewährleisten zu können, braucht die BVG
924 neue und moderne Züge und Busse.

925 Ein großes Tramnetz für Berlin

926 Das Tramnetz der Zukunft soll in alle Stadtteile ausgespannt werden und wichtige
927 Stadtteilzentren miteinander verbinden. Wir wollen neue Tramstrecken nach Möglichkeit im
928 eigenen Gleisbett umsetzen. Die Straßenbahn wollen wir grundsätzlich gegenüber anderen
929 Verkehrsmitteln priorisieren, da sie im Betrieb und Bau preiswert ist und ein schneller

930 Ausbau in viele Stadtteile möglich ist. Darüber hinaus wollen wir auch den Güterverkehr mit
931 Straßenbahnen zukünftig berücksichtigen. Wir wollen daher den Bau weiterer Tramverbindungen
932 fortsetzen. In den kommenden Jahren wird das Straßenbahnnetz um ein Drittel verlängert –
933 zunächst nach Adlershof, zur Turmstraße und dann zum Ostkreuz. Schon bald sollen dann auch
934 vom Alexanderplatz zum Potsdamer Platz, nach Spandau, zum Hermannplatz und später auch durch
935 die Sonnenallee, zum Rathaus Steglitz, nach Tegel und zum Bahnhof Zoo Trams fahren. Ziel
936 soll es sein, dass die Straßenbahn schon bald mehr Stadtteile miteinander verbindet. Auch
937 die Außenbezirke werden perspektivisch besser an das Tram-Netz angebunden. Wir orientieren
938 uns dabei am „Zielnetz Berlin 2050“ des Bündnisses „Pro Straßenbahn Berlin“. Um den
939 Straßenbahnausbau zu beschleunigen, werden wir neue, attraktive Planerstellen in der
940 Verwaltung schaffen und streben die Gründung einer InfraTram-Gesellschaft an.

941 Ausbau von U-, S- und Regionalbahn

942 Damit Berliner*innen auch weite Strecken in der Stadt problemlos zurücklegen können und
943 Pendler*innen aus dem Umland zuverlässig und pünktlich in die Innenstadt kommen, haben wir
944 im Senat die Beschaffung neuer S-Bahn- und U-Bahn-Wagen durchgesetzt. Dabei wird Berlin
945 erstmals einen landeseigenen S-Bahn-Fuhrpark aufbauen. Wir werden 1.380 neue S-Bahn-Wagen,
946 im Wert von rund drei Milliarden Euro, ausschreiben, die in Zukunft durch die Stadt fahren
947 sollen, und eine Option auf über 850 weitere sichern. Dadurch kann nicht nur die Taktung des
948 S-Bahn-Angebots deutlich erhöht werden, sondern auch dessen Leistungsfähigkeit und
949 Zuverlässigkeit verbessert werden. Darüber hinaus wollen wir mehr Orte an die S-Bahn
950 anbinden. Auch hier orientieren wir uns an unserer Vorgabe, dass in dicht besiedelten
951 Gebieten ein 5- und in weniger dicht besiedelten Gebieten ein 10-Minuten-Takt gewährleistet
952 werden soll.

953 Mit der Bestellung von bis zu 1.500 U-Bahn-Wagen können engere Takte und längere Züge
954 angeboten werden. Nach Jahren des Stillstandes haben wir endlich wieder Machbarkeitsstudien
955 und Kosten-Nutzen-Untersuchungen zum Ausbau bestehender U-Bahn-Strecken in Auftrag gegeben.
956 Der Bau von U-Bahnen ist allerdings deutlich langwieriger und kostenintensiver als der
957 Ausbau von Tramlinien. Darum gilt für uns: Bei der schnellen Umsetzung der Verkehrswende hat
958 für uns der Tram-Ausbau Vorrang. Gleichzeitig bauen wir gezielt dort das S- und U-Bahn-Netz
959 weiter aus, wo es verkehrlich sinnvoll ist und wir so eine bessere Mobilität und in der
960 Bilanz einen besseren Klimaschutz erreichen. Für neue U- oder auch S-Bahn-Strecken müssen
961 mindestens zwei von drei Kriterien erfüllt sein: die Erschließung neuer Wohngebiete, ein
962 überdurchschnittlicher Zuwachs an Fahrgästen oder neue Umstiegsmöglichkeiten für
963 Pendler*innen. Bei der Erschließung neuer Wohngebiete ist es wichtig, den Anschluss an den
964 öffentlichen Nahverkehr schon in der Planung mitzudenken. Mit der Nahverkehrstangente als
965 schienengebundener tangentialer Regionalverbindung werden wir die Vernetzung der östlichen
966 Bezirke untereinander bedeutend verbessern. Der weitere Ausbau der Verbindungen ins Umland
967 mit der S- und Regionalbahn findet in enger Abstimmung mit dem Land Brandenburg statt. Damit
968 wird der Umstieg vom Auto auf die Bahn für Pendler*innen noch attraktiver und die Umwelt
969 wird geschont.

970 Die Hauptstadtregion im Blick – Ausbau der Verbindungen ins Umland

971 Gemeinsam mit dem Land Brandenburg, der Deutschen Bahn und dem VBB planen wir ein
972 umfangreiches Ausbauprogramm für den ÖPNV in der Hauptstadtregion. Mit dem Programm „i2030“
973 wollen wir in der Metropolregion bis zu 180 Kilometer Bahnstrecke reaktivieren, neu oder
974 ausbauen. Rund 100 Stationen und Bahnhöfe in der Hauptstadtregion sollen neu, aus- oder
975 umgebaut werden. Langfristig wollen wir Pendelnden das Umsteigen auf die Bahn durch neue
976 Regionalverkehrsangebote mit dichten, einheitlichen Taktfolgen auch in den
977 Randverkehrszeiten erleichtern. Künftig werden wir uns zudem dafür einsetzen, dass auf den

978 Strecken, die nicht elektrifiziert werden können, Alternativen zum Dieselantrieb zum Einsatz
979 kommen.

980 Damit der ÖPNV von Pendler*innen und Berliner*innen in der ganzen Stadt und im Brandenburger
981 Umland noch mehr als bisher genutzt wird, wollen wir deutlich mehr Fahrradparkplätze und
982 Fahrradparkhäuser an großen U- und S-Bahnhöfen besonders im äußeren Stadtgebiet schaffen und
983 wo möglich Park-and-Ride-Stationen einrichten oder erweitern. Die Fahrradmitnahme wollen wir
984 ebenfalls erleichtern, indem wir im Rahmen von Ausschreibungen entsprechende Anforderungen
985 an die zu beschaffenden Fahrzeuge formulieren. Für Nutzer*innen des Sozialtickets soll die
986 Fahrradmitnahme kostenlos werden. Die Verknüpfung der Verkehrsträger des Umweltverbundes ist
987 ein zentraler Baustein der Verkehrswende.

988 Haltestellen sicher, bequem und grün gestalten

989 Zu einem modernen ÖPNV gehören auch sichere, bequeme und nachhaltige Bahnhöfe und
990 Haltestellen. Bus und Bahn müssen bei jedem Wetter und zu jeder Uhrzeit gerne genutzt werden
991 können. Deshalb werden wir die Sicherheit und das Wohlbefinden an allen unseren Bahnhöfen
992 und Haltestellen weiter erhöhen. Alle Bus- und Tramhaltestellen wollen wir mit gut
993 ausgeleuchteten Wartehäuschen inklusive ausreichend Sitzgelegenheiten ausstatten und soweit
994 möglich begrünen und entsiegeln. Die Bahnsteige unserer U-Bahnhöfe sollen auf bauliche
995 Engstellen überprüft und wo nötig umgebaut werden, um die Sicherheit zu erhöhen.

996 Barrierefreiheit – Bus und Bahn für alle

997 Der öffentliche Personennahverkehr muss für alle zugänglich sein. Eine Stadt für alle
998 bedeutet Mobilität für alle. Dafür stehen wir. Deshalb muss der Umbau aller Bahnhöfe und
999 Haltestellen im Verkehrsverbund mit einem barrierefreien Zugang schnellstmöglich
1000 abgeschlossen werden. Hierfür haben wir der BVG und den Bezirken bereits viel Geld zur
1001 Verfügung gestellt. Menschen mit Behinderung, ältere Menschen oder Fahrgäste mit kleinen
1002 Kindern sollen problemlos alle Bahnsteige und Haltepunkte erreichen können, um das Angebot
1003 des ÖPNV nutzen zu können. Im Mobilitätsgesetz haben wir einen barrierefreien ÖPNV
1004 vorgeschrieben. Mit dem Start des Pilotprojekts „Alternative Barrierefreie Beförderung“ der
1005 BVG wurde dafür ein wichtiger Schritt getan. Dieses Angebot wollen wir sukzessive auf ganz
1006 Berlin ausweiten. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, die Anzahl der barrierefreien Taxis
1007 im öffentlichen Raum deutlich zu erhöhen, um echte Mobilität für alle zu verwirklichen.

1008 Mobilität muss auch queer und feministisch sein

1009 Noch immer wird Verkehrspolitik vor allem von Männern für Männer gemacht. Doch die Realität
1010 der Mobilität sieht meist anders aus. Frauen nutzen seltener das Auto und sind mehr zu Fuß,
1011 mit dem Rad oder dem ÖPNV unterwegs. Durch nicht verantwortungsbewusst fahrende
1012 Autofahrer*innen oder durch Angsträume sind sie auch größeren Gefahren ausgesetzt. Wir
1013 wollen uns deshalb für eine queere und feministische Verkehrspolitik einsetzen: Soziale Wege
1014 sollen mehr ins Zentrum der Verkehrsplanung gestellt werden. Wir streben eine
1015 geschlechterparitätische Besetzung in den Gremien an und setzen uns dafür ein, dass mehr
1016 Frauen den Weg in technische Berufe im Verkehrsbereich gehen. Eine queer-feministische
1017 Verkehrspolitik bedeutet aber auch, Angsträume zu reduzieren und das Sicherheitsgefühl zu
1018 stärken. Marginalisierte Gruppen sind auch häufiger Diskriminierung oder sexueller
1019 Belästigung im ÖPNV und im öffentlichen Raum ausgesetzt. Deshalb wollen wir die Sicherheit
1020 der Fahrgäste verbessern und so Barrieren zur Nutzung abbauen. Dazu bedarf es einer
1021 umfassenden Datenerhebung und einer Umsetzung von Maßnahmen wie besserer Beleuchtung von
1022 Wegen und Bahnhöfen, digitalen Meldemöglichkeiten, Awareness-Kampagnen und
1023 Gefahrenprävention durch bessere Gestaltung der Haltestellen sowie dem Einsatz von
1024 geschultem Personal.

1025 Finanzierung – günstige Ticketpreise sichern und Mittel für Investitionen generieren

1026 Wir haben unter anderem mit der Fahrzeugbeschaffung eine milliardenschwere ÖPNV-Offensive
1027 gestartet. Denn wir wissen, es steigen nur noch mehr Berliner*innen auf den ÖPNV um, wenn
1028 der Bus mindestens alle zehn Minuten kommt, die U-Bahn sauber und ein Platz frei ist und der
1029 Preis stimmt. Diese Offensive wollen wir weiter vorantreiben. Weil die massiven
1030 Investitionen dafür nicht allein über öffentliche Zuschüsse gestemmt werden können und eine
1031 Erhöhung der Ticketpreise für uns nicht infrage kommt, müssen weitere Einnahmen generiert
1032 werden. Gerade wer noch mehr Linien und mehr Bahnen als bisher schon ausfinanziert schaffen
1033 will, muss auch beantworten, wie diese zusätzlich finanziert werden sollen, ein Streichen
1034 bisheriger Planungen, wie sie im Nahverkehrsplan vorgenommen wurden, lehnen wir ab. Die
1035 Kosten, die durch den Autoverkehr entstehen, werden von der gesamten Gesellschaft getragen.
1036 Solch eine breite Finanzierung streben wir auch beim ÖPNV an. Wir wollen die
1037 Verkehrsfinanzierung revolutionieren, damit alle Berliner*innen eine schnell erreichbare
1038 Haltestelle vor ihrer Tür bekommen, die Tickets günstiger werden und die U-Bahn häufiger
1039 kommt. Schon in der vergangenen Wahlperiode wurden intensive Untersuchungen und Studien in
1040 Auftrag gegeben, um die verschiedenen Instrumente, wie eine City-Maut, die Ausweitung von
1041 Parkgebühren, eine Nahverkehrs- oder Tourismusabgabe zu untersuchen. Damit könnte das Klima
1042 geschützt, Lärm verringert und die Aufenthaltsqualität verbessert werden, damit Berlin eine
1043 noch lebenswertere Stadt wird. Im Dialog mit der Wissenschaft und der Stadtgesellschaft
1044 wollen wir weiter über Einführungs- und Ausgestaltungsmöglichkeiten debattieren und nächste
1045 Schritte erarbeiten. Denn die Kosten des Autoverkehrs müssen endlich inklusive der Umwelt-
1046 und Gesundheitskosten ehrlich bemessen und nach dem Verursacherprinzip getragen werden.
1047 Dabei gilt für uns der Grundsatz: Der Geldbeutel darf nicht darüber entscheiden, wer guten
1048 Zugang zur Innenstadt hat. Deshalb muss jede Maßnahme so ausgestaltet sein, dass sie sowohl
1049 einen ökologisch nachhaltigen Effekt für Berlin hat als auch Mobilität für Menschen mit
1050 wenig Geld gewährleistet. Menschen, die auf ihr Auto angewiesen sind, wie Pflegedienste oder
1051 Handwerker*innen, werden künftig sogar noch einfacher in die Stadt kommen, da weniger Autos
1052 auch weniger Stau bedeuten. So vereinen wir neue Freiräume und Mobilität für alle.

1053 Ein verbessertes Angebot und ein Ausbau des ÖPNV dürfen nicht automatisch zu hohen
1054 Ticketpreisen führen. Das würde den Anspruch einer sozial-ökologischen Verkehrswende
1055 konterkarieren. Deshalb haben wir in der letzten Wahlperiode das Sozial-, das Schüler*innen-
1056 , das Azubi- und das Firmenticket deutlich günstiger gemacht und das Semesterticket für
1057 Studierende stabilisiert. Schüler*innen fahren in Berlin sogar völlig kostenfrei. Klar ist:
1058 Damit sich mehr Menschen für den ÖPNV entscheiden, müssen die Tarife dauerhaft niedrig und
1059 solidarisch finanziert sein. Unser Ziel sind deutlich günstigere Tarife. Das bundesweite 49
1060 Euro Ticket stellt eine Revolution des ÖPNV Tarifsystems dar. Wir wollen auf diesem aufsetzen
1061 und für Studierende, Pflegebedürftige, Bezieher*innen von Arbeitslosengeld II und
1062 Sozialhilfe sowie Personen, die heute bereits Anspruch auf kostenfreie oder ermässigte
1063 Beförderung haben, dieses weiter rabattieren. Mit dem 29 Euro Ticket und dem 9 Euro-Sozial-
1064 Ticket hat Berlin gezeigt, dass wir schnell und unbürokratisch entlasten und Mobilität für
1065 alle ermöglichen können. Damit kann der ÖPNV von allen erheblich günstiger genutzt werden.
1066 Nach dem Ausbau der Kapazität des ÖPNV, insbesondere in Zeiten starker Auslastung, wollen
1067 wir langfristig die Tarife fahrscheinlos gestalten.

1068 Teilen statt besitzen – neue Mobilität für ganz Berlin

1069 Seit einigen Jahren gibt es in Berlin zahlreiche neue Mobilitätsdienstleistungen, wie Car-
1070 Scooter-, Ride- oder Bike-Sharing. Berlin ist von vielen Sharing-Anbietern als
1071 „Versuchslabor“ und Referenzgebiet ausgewählt worden. Berlin gehört damit zu den
1072 internationalen Vorreiterstädten bei der Sharing-Mobilität. Neue Mobilitätsformen müssen
1073 dazu beitragen, Emissionen einzusparen und Verkehr zu reduzieren. Unser Ziel ist, die

1074 Sharing-Mobilität als zusätzliches Angebot in den ÖPNV zu integrieren. Denn gerade in den
1075 mit dem ÖPNV unterversorgten Bereichen der Stadt können Sharing- und Poolingdienste die
1076 Lücke zwischen klassischem ÖPNV und dem motorisierten Individualverkehr schließen und damit
1077 zur Verkehrswende beitragen. Wir wollen dabei alle Möglichkeiten nutzen, um Car-, Bike-,
1078 Scooter- und Ride-Sharing in die ganze Stadt, also auch außerhalb des S-Bahn-Ringes, zu
1079 bringen, und gleichzeitig ökologische Standards hierfür vorgeben. Deshalb werden wir
1080 Parkplätze, die derzeit privaten Autos zur Verfügung stehen, im ausreichenden Maße in
1081 Abstellflächen für Sharing-Mobilität umwidmen. Wir wollen darauf hinwirken, dass alle
1082 Sharing- und Pooling anbietenden ihre Angebots- und Nachfragedaten dem Land zugänglich
1083 machen, damit verkehrliche Effekte untersucht und bestenfalls Open-Data- und Community-Open-
1084 Source-Tools ermöglicht werden. Digitale Mobilitätsassistenten wie die Jelbi-App sollen noch
1085 stärker dazu beitragen, unterschiedliche Mobilitätsangebote sinnvoll aufeinander
1086 abzustimmen, zu verzahnen, ihre Nutzung zu vereinfachen und so Verkehr zu reduzieren. Von
1087 zentraler Bedeutung ist für uns dabei die Weiterentwicklung des Leihfahrradsystems. Wir
1088 streben ein flächendeckendes Angebot über die ganze Stadt an, das mit dem ÖPNV gut verknüpft
1089 ist und so den Umstieg auf eine klimaschonende Mobilität befördert. Wir wollen auch das Taxi
1090 erhalten und ihm neue Geschäftsfelder eröffnen: ob beim Pooling oder durch barrierefreie
1091 Taxis. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene für eine Reform des Personenfördergesetzes
1092 ein, das die Rahmenbedingungen zwischen Taxis, Mietwagen und Ride-Sharing klar und fair
1093 regelt.

1094 1.5 Mehr Platz für das Rad, zu Fuß und für das Leben in der Stadt

1095 Über 70 Jahre lang stand vor allem das Auto im Mittelpunkt der Verkehrspolitik und der
1096 Stadtplanung. Mit dem Mobilitätsgesetz haben wir das geändert und schon viele Fortschritte
1097 gemacht. Aber wir sind noch lange nicht am Ziel. Der öffentliche Raum ist zwischen den
1098 Verkehrsteilnehmer*innen noch nicht so verteilt, wie es dem Bedarf der Berliner*innen
1099 entspricht. Während der klimaschädliche Autoverkehr durch breite Straßen und großzügigen
1100 Parkraum viel zu viel Platz für sich in Anspruch nimmt, müssen sich Fußgänger*innen und
1101 Radfahrer*innen oftmals Autos, LKWs und Motorrädern unterordnen. Wir wollen dieses
1102 Verhältnis umkehren. Unser Ziel ist es, dass eine Kombination aus leistungsfähigem ÖPNV,
1103 sicherem Rad- und Fußverkehr und intelligenten Sharing-Systemen den motorisierten
1104 Individualverkehr in der Stadt in den kommenden Jahren weitgehend ablöst und auf das
1105 notwendige Minimum reduziert. Dies schafft nicht nur eine gerechtere Verteilung des Raums
1106 unter allen Verkehrsteilnehmer*innen, sondern ermöglicht auch, Berlin lebenswerter
1107 umzubauen. Denn Parkplätze können sich auch zu grünen Oasen verwandeln, autofreie Kieze
1108 bringen Platz zum Spielen und Tollen und wo wir Beton aufreißen und Grün wächst, entstehen
1109 Versickerungsflächen, die kühlen und das Regenwasser speichern. Unsere Mobilitätspolitik
1110 zieht auch Lehren aus der Corona-Krise. Der Einzelhandel und die Gastronomie haben in der
1111 Corona-Krise besonders gelitten. Wir wollen auch deshalb das Auto in unseren öffentlichen
1112 Räumen zurückdrängen und damit die Aufenthaltsqualität auf den Straßen und Plätzen unserer
1113 Stadt so verbessern, dass Einzelhandel und Gastronomie einen neuen Aufschwung erleben. Denn
1114 in öffentlichen Räumen mit hoher Aufenthaltsqualität kaufen Menschen gerne ein und verweilen
1115 gern.

1116 Verkehrswende ist Gesundheitsschutz und Teilhabegerechtigkeit

1117 Die Verkehrswende ist notwendig, damit Berlin seine Klimaschutzziele erreicht und die
1118 Berliner*innen bequem und klimafreundlich unterwegs sein können. Doch sie schafft auch mehr
1119 Gesundheitsschutz und Teilhabegerechtigkeit im öffentlichen Raum. Der Verkehr ist, neben
1120 seinen hohen CO₂-Emissionen, auch einer der größten Verursacher von Lärm und von
1121 Luftschadstoffen wie Feinstaub. Besonders ältere Menschen und Kinder sowie Menschen mit
1122 geringem Einkommen, die häufig an den großen Hauptstraßen und in dichten Wohnquartieren

1123 wohnen, leiden überproportional unter diesen Umweltbelastungen. Gerade in der Corona-
1124 Pandemie wurde deutlich, wie wichtig die Verkehrswende ist, denn auch schlechte Luftqualität
1125 hatte Auswirkungen auf den Krankheitsverlauf. Der psychologische Druck des Lockdowns trifft
1126 Menschen deutlich härter, die mit vielen anderen auf kleiner Fläche zusammenleben. Deshalb
1127 ist die Verkehrswende nicht nur ein Beitrag zum Klimaschutz, sondern ein Gewinn an
1128 Lebensqualität für alle Berliner*innen. Wer sich kein Eigenheim mit Garten leisten kann, wer
1129 den Wohnraum mit vielen anderen teilt, profitiert besonders von dieser Entwicklung.

1130 Den weiteren Ausbau der A 100 lehnen wir ab. Dafür vorgesehene Flächen sollen dem sozialen
1131 Mietwohnungsbau, Grün-, Bildungs- und Sportflächen sowie der kulturellen Nutzung dienen. Wo
1132 immer möglich, werden wir den Rückbau von Relikten der autogerechten Stadt, wie aktuell die
1133 Breitenbachplatzbrücke, weiter planen. Wir werden uns gegenüber dem Bund dafür einsetzen,
1134 dass die in Berlin liegenden Straßenprojekte des Bundesverkehrswegeplans gestrichen werden.

1135 Weniger und kleinere Autos und keine klimaschädlichen Verbrenner mehr – in ganz Berlin

1136 Die klima- und gesundheitsschädlichen Verbrenner sollen bis 2030 aus der Innenstadt und bis
1137 2035 aus ganz Berlin verschwinden. Die verbleibenden Fahrzeuge werden emissionsfrei
1138 angetrieben. Schon heute sind zweckmäßig und stadtverträglich dimensionierte Elektroautos
1139 vielfach eine sinnvolle Alternative für alltägliche Transportaufgaben. Deshalb unterstützen
1140 wir den Umstieg auf Elektrofahrzeuge und den Ausbau der Ladeinfrastruktur. Bis 2022 wurden
1141 in Berlin 2.000 öffentliche Ladepunkte errichtet. Wir machen weiter Tempo beim Ausbau und
1142 wollen die Anzahl der Ladepunkte und Ladeleistung in den kommenden Jahren nochmal deutlich
1143 erhöhen. Dennoch sollte das Auto in der Innenstadt nicht mehr die Norm, sondern nur noch die
1144 Ausnahme sein, denn auch Elektroautos brauchen Platz. Beim Ausbau der Ladeinfrastruktur
1145 achten wir daher auch darauf, dass dieser nicht zulasten anderer Verkehrsarten geht. Klar
1146 ist: Manche Menschen werden immer individuelle Mobilität brauchen oder aufgrund ihrer
1147 Tätigkeit während ihrer Arbeit auf ein Fahrzeug angewiesen sein: Menschen mit Behinderung,
1148 Pflegedienste und Handwerker*innen, Polizei und Rettung, Bauunternehmen und Müllabfuhr.
1149 Weniger PKW-Verkehr als bisher nutzt gerade ihnen, denn so kommen sie besser voran.

1150 Fuß- und Radverkehr ausbauen

1151 Damit das möglich werden kann, haben wir in den vergangenen Jahren nicht nur in den Ausbau
1152 des ÖPNV, sondern auch in die Verbesserung der Fuß- und Radverkehrsinfrastruktur investiert.
1153 Besonders die deutlich höheren Finanzmittel und Personalressourcen für den Radverkehr haben
1154 sich ausgezahlt. Als Grüne die Verkehrsverwaltung übernommen haben, gab es dort nur 3,5
1155 Stellen für die Radverkehrsplanung, jetzt sind es über 70. Statt 5 Millionen Euro sind heute
1156 über 30 Millionen Euro im Landeshaushalt für den Radverkehr vorgesehen die durch zusätzliche
1157 Bundesmittel ergänzt werden.

1158 Allein im vergangenen Jahr wurden 100 Kilometer Radwege in Berlin geplant und ungefähr 30
1159 Kilometer gebaut oder modernisiert. Darüber hinaus wurden in den vergangenen Jahren knapp
1160 15.000 Abstellplätze geschaffen. Damit sich allerdings der Trend zum Rad fortsetzt, braucht
1161 es eine flächendeckende und sichere Radverkehrsinfrastruktur. Deshalb wollen wir mit mehr
1162 Tempo weiter neue Radwege bauen, Autostraßen zu Fahrradstraßen umwidmen, 100 Kilometer
1163 Radschnellwege schaffen und an allen Hauptstraßen sichere Radstreifen einrichten. Unser Ziel
1164 ist ein gut ausgebautes und miteinander verbundenes Radnetz. Wir streben eine Grüne Welle
1165 auf dem Rad-Vorrangnetz an. Die bestehende Radinfrastruktur wollen wir an das steigende
1166 Aufkommen anpassen. Dabei berücksichtigen wir auch die vermehrte Nutzung von Lastenrädern im
1167 privaten und gewerblichen Bereich. Wo nötig, schaffen wir spezielle Infrastruktur für
1168 Lastenräder, zum Beispiel indem wir geeignete und sichere Abstellplätze einrichten. Die
1169 Anschaffung von Lastenrädern wollen wir als Transportalternative zum Auto weiter fördern. In
1170 den Kiezen sollen die Wohnstraßen so hergerichtet werden, dass zum Beispiel durch

1171 abgeschliffene Oberflächen und unter Vermeidung unnötiger Versiegelung auch auf
1172 Kopfsteinpflaster sicheres und bequemes Radfahren möglich ist. Zur Erleichterung des Ausbaus
1173 der Rad- und Fußinfrastruktur sowie der ÖPNV-Beschleunigung soll die Zuständigkeit für die
1174 Planung und Umsetzung aller Maßnahmen an Hauptstraßen und zur Realisierung der
1175 Radschnellverbindungen sowie ergänzender Infrastruktur, wie zum Beispiel Fahrradbarometern
1176 und Fahrradparkhäusern, von den Bezirken gänzlich an den Senat übergehen. Im Gegenzug sollen
1177 die Bezirke von Anfang bis Ende für die Nebenstraßen zuständig sei. Dabei ist entscheidend,
1178 dass die Verfügung über die betreffenden Haushaltsmittel der Aufgabenzuständigkeit
1179 zugeordnet ist und zukünftig keine Doppelzuständigkeiten mehr bestehen. Auch für den Betrieb
1180 der Infrastruktur müssen zwischen Land und Bezirken klare Zuständigkeiten getroffen werden.
1181 Ebenso wollen wir die Anzahl der Fahrradstellplätze und Fahrradparkhäuser weiter deutlich
1182 erhöhen und gemeinsam mit der Polizei eine wirksame Strategie gegen Fahrraddiebstahl
1183 entwickeln. Um Konflikte mit dem Fußverkehr zu vermeiden, müssen Fahrradstellplätze
1184 bevorzugt und vor allem auf bisherigen Autoparkplätzen entstehen.

1185 Um mögliche Konflikte zwischen neuer Fahrradinfrastruktur und Naturschutz zu vermeiden,
1186 sollten die Interessen des Naturschutzes bereits bei der Planung berücksichtigt werden. Eine
1187 weitere Versiegelung durch den Bau neuer Wege soll vermieden werden. Der Ausbau des
1188 Radwegenetzes sollte wo immer möglich durch Umverteilung des bestehenden Straßenraums
1189 erfolgen. Wo Fahrradschnellwege durch Parks und Grünanlagen nicht vermieden werden können,
1190 muss wo immer möglich eine lokale Kompensationsmaßnahme für das Stadtgrün und die
1191 Anwohnerschaft erfolgen.

1192 Auch den Fußverkehr wollen wir weiter fördern und sicherer machen. Mit dem neuesten Teil des
1193 Mobilitätsgesetzes haben wir dieser enorm wichtigen Mobilitätsform eine zentrale Bedeutung
1194 eingeräumt und ihren Ausbau in Gesetzesform gegossen. Dazu braucht es mehr geschützte
1195 Fußgängerüberwege, vor allem an Hauptverkehrsstraßen. Wir wollen möglichst viele Tempo-30-
1196 Strecken in der Stadt einführen und streben auf Bundesebene an, auf Hauptverkehrsstraßen
1197 leichter Tempo 30 zur Erhöhung der Verkehrssicherheit anordnen zu können. Ampelschaltungen
1198 werden zukünftig stärker auf die Bedürfnisse von Fußgänger*innen abgestimmt und alle mit
1199 Vibrationstastern und Blindenakustik ausgestattet. Wir werden Straßenquerungen barrierefrei
1200 gestalten und sowohl für Rollstuhlfahrer*innen als auch für Blinde und Sehbehinderte
1201 umbauen. Mit mehr Bänken auf Straßen und Plätzen werden wir für mehr Aufenthaltsqualität im
1202 öffentlichen Raum sorgen und längere Fußwege auch für ältere Menschen wieder möglich machen.

1203 Autofreie Kieze für mehr Lebensqualität

1204 Wir werden den Durchgangsverkehr aus den Kiezen heraushalten und immer mehr autofreie Inseln
1205 in ganz Berlin schaffen. Spielstraßen, Nachbarschaftsstraßen, autofreie Kieze, Kiezblocks
1206 und Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung wollen wir weiterhin fördern und ausweiten. Ihre
1207 Einrichtung wollen wir durch , klare Zuständigkeiten und ausreichende Ressourcen
1208 vereinfachen. Dazu wurde im vergangenen Jahr ein zentraler Leitfaden geschaffen und die
1209 Bezirke mit einem Programm zur Finanzierung von Planung und Umsetzung von Kiezblocks. Unser
1210 Ziel ist es, in allen Berliner Bezirken mehrere Kiezblocks einzurichten und diese begleitend
1211 zu evaluieren und auf ihre verkehrlichen, sozialen und Umwelt-Effekte und ihre Akzeptanz zu
1212 untersuchen. Darüber hinaus werden wir die dauerhafte Umgestaltung der autofreien
1213 Friedrichstraße voranbringen und in der nächsten Legislaturperiode viele weitere
1214 Einkaufsstraßen autofrei gestalten. Mit Kiezblocks, autofreien Einkaufsstraßen oder
1215 Spielstraßen schaffen wir in ganz Berlin Orte mit viel mehr Lebensqualität und mit Platz,
1216 der allen Menschen – vor allem auch alten Menschen und Kindern – zum Flanieren, Spielen und
1217 für Begegnungen zur Verfügung steht.

1218 Verkehrssicherheit – Verkehr ohne Unfalltote und Schwerverletzte

1219 Die Verkehrssicherheit besonders für Fußgänger*innen, Radfahrer*innen, ältere Menschen und
1220 Kinder muss weiter erhöht werden. Aktuell führen sie leider die traurige Statistik der
1221 Unfalltoten und Schwerverletzten im Straßenverkehr an. Falschparken,
1222 Geschwindigkeitsübertretungen, insbesondere an Unfallschwerpunkten und besonders gefährdeten
1223 Orten wie Grundschulen und Kitas, oder das Fahren über eine rote Ampel und regelwidriges
1224 Abbiegen wollen wir stärker verfolgen und konsequent ahnden. Zusätzlich haben wir das
1225 Förderprogramm „Abbiegeassistenz Berlin“ mit 2 Millionen Euro aufgelegt, um die Lücke bis
1226 zum verpflichtenden Bau von Fahrzeugen mit Abbiegeassistent im Jahr 2024 zu schließen. Dazu
1227 muss mehr Personal bei Polizei und Ordnungsämtern abgestellt werden. Wir haben die
1228 Fahrradstaffel mit dem Ziel, sie auf die gesamte Stadt auszuweiten, deutlich ausgebaut. Wir
1229 wollen noch mehr Polizist*innen zu Fuß und auf Fahrrädern, um alle Verkehrsteilnehmer*innen
1230 auf Augenhöhe anzusprechen und für mehr Sicherheit und Miteinander auf Berlins Straßen zu
1231 sorgen. Der Aufbau vieler neuer stationärer und halbstationärer Blitzer im Stadtgebiet soll
1232 Raser*innen erfassen, ahnden und abschrecken. Radfahrer*innen sollen an immer mehr
1233 Kreuzungen zukünftig eine vom Autoverkehr getrennte Ampelschaltung erhalten. Um dabei
1234 schneller zu werden, haben wir die Programmierung und Kontrolle der Ampeln in kommunale Hand
1235 gegeben. Mit diesen Maßnahmen wollen wir das Leitbild der Vision Zero, eines Verkehrs ohne
1236 Unfalltote und Schwerverletzte, in unserer Stadt verwirklichen.

1237 Platz zum Leben statt Parkplatz

1238 Der öffentliche Raum ist für alle da, wir kämpfen für mehr Aufenthalts- und Grünflächen,
1239 Gemeinschaftsgärten, Nachbarschafts-Begegnungsorte und Spielplätze. Wir wollen die Stadt in
1240 den nächsten Jahren vom Autoverkehr deutlich entlasten und dazu die Parkraumbewirtschaftung
1241 massiv, am besten flächendeckend ausweiten. Das Parken im öffentlichen Raum soll wie auch
1242 andernorts üblich angemessen bepreist und bestmöglich mit digitalen Kontrollmöglichkeiten
1243 durchgesetzt werden. Im partizipativen Austausch mit den Anwohner*innen wollen wir insgesamt
1244 mehr Lebensqualität für alle Berliner*innen schaffen, dafür brauchen wir mehr Platz für
1245 Spiel und Sport, Bewegung und Verweilen. Wir wollen Läden und Kleingewerbe, Cafés, Kitas und
1246 Kinderläden, Initiativen für temporäre und dauerhafte Spielstraßen dabei unterstützen und
1247 fördern, Parkplätze für ihre Zwecke umnutzen zu können. Die Anzahl der Stellplätze werden
1248 wir für diese Ziele in den nächsten zehn Jahren halbieren und ihre Flächen umwidmen. Um dies
1249 zu erreichen, müssen bereits in der nächsten Periode mindestens 20 Prozent entsiegelt
1250 werden. Dafür haben wir mit dem Mobilitätsgesetz die Grundlagen gelegt und werden die
1251 Bezirke von Seiten des Landes dabei unterstützen. So schaffen wir mehr Lebensqualität für
1252 alle Berliner*innen, die mehr Platz für Spiel, Sport und Bewegung bekommen.

1253 Wirtschaftsverkehr emissionsfrei und sicher machen

1254 Berlins Wirtschaft ist abhängig von zuverlässigen Transportketten. Wir wollen die
1255 Voraussetzungen schaffen, dass diese Transportketten zukünftig vor allem klimafreundlich auf
1256 die Schiene oder das Schiff verlagert werden können. Dazu wollen wir in Abstimmung mit dem
1257 Land Brandenburg ein Konzept entwickeln, um die Anbindung von Wirtschaftszentren an den
1258 Schienenverkehr und unsere Häfen zu verbessern. Außerdem wollen wir die Umrüstung auf
1259 elektrische oder emissionsarme Antriebe bei Schiffen fördern und den Ausbau von
1260 Elektroanlegern voranbringen. Den Lieferverkehr auf der letzten Meile wollen wir so weit wie
1261 möglich vom LKW auf stadtverträgliche Alternativen wie Lastenräder und
1262 Elektrolieferfahrzeuge verlagern sowie den verbleibenden Lieferverkehr so weit wie möglich
1263 auf den Hauptstraßen bündeln. Für das Liefern in den Kiez setzen wir auf MicroHubs, damit
1264 Güter von Logistikzentren mit CO₂-neutralen Kleinfahrzeugen klimafreundlich und
1265 kiezverträglich verteilt werden. Dort, wo zum Beispiel Handwerker*innen auf Fahrzeuge
1266 angewiesen sind, werden wir das sehr erfolgreiche Förderprogramm für Elektrokleintransporter
1267 fortsetzen und ausweiten, um einen emissionsfreien und sicheren Wirtschaftsverkehr auf den

1268 Weg zu bringen. Noch vorhandene städtische Umschlagflächen werden wir sichern und für
1269 zusätzliche Ladezonen bisherige PKW-Parkplätze nutzen. Das integrierte
1270 Wirtschaftsverkehrskonzept Berlin (IWK) wollen wir umsetzen.

1271 Lärmschutz und Klimaschutz verbinden, Flugverkehr reduzieren

1272 Flugzeuge sind mit Abstand die klimaschädlichsten Verkehrsmittel. Deshalb ist der
1273 Luftverkehr zu Recht in den Fokus der Klimadebatte gerückt. Wir werden infolge der Corona-
1274 Pandemie einen Strukturwandel hin zu einer deutlichen Reduzierung klimaschädlicher Flüge
1275 politisch befördern. Wir setzen uns für den Abbau klimaschädlicher Subventionen im
1276 Luftverkehr ein. Als Mitgesellschafter der Flughafengesellschaft Berlin Brandenburg (FBB)
1277 muss das Land Berlin für ein nachhaltiges Wirtschafts- und Klimaschutzkonzept des BER
1278 sorgen. Eine Erweiterung und weitere Start- und Landebahnen lehnen wir ab. Für die FBB muss
1279 ein Sanierungskonzept erarbeitet werden, mit dem es nach EU-wettbewerbskonformen Maßnahmen
1280 möglich ist, den Flughafen in öffentlicher Regie weiter zu betreiben und die Belastungen der
1281 Steuerzahler*innen dauerhaft zu beenden. Das Sanierungskonzept muss dabei umfassen, dass der
1282 Flughafenbetreiber anschließend sämtliche Betriebs- und Investitionskosten aus eigener Kraft
1283 stemmen kann. Besonders die Lärmbelastung ist für Anwohnende von Flughäfen enorm. Deshalb
1284 setzen wir uns weiterhin für ein Nachtflugverbot am neuen Flughafen Berlin Brandenburg (BER)
1285 zwischen 22 und 6 Uhr ein. Wir fordern Lärmobergrenzen nach dem Vorbild Frankfurts am Main
1286 und die Änderung der Betriebszeiten des Flughafens, um die oben genannte Nachtruhe zu
1287 gewährleisten. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass in die Start- und Landegeühren
1288 alle ökologischen, klima- und lärmbelastenden Faktoren eingerechnet werden. Anstelle des
1289 „Masterplans 2040“ wollen wir einen „Masterplan Klimaschutz“ für den BER mit den anderen
1290 Gesellschafter*innen beschließen, der eine stetige Reduktion der Flugbewegungen vorsieht.
1291 Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass für Kurz- bzw. Inlandsflüge zukünftig
1292 deutlich höhere Gebühren erhoben werden dürfen und eine vollständige Internalisierung der
1293 ökologischen Kosten in den Flugpreis erfolgt. Dadurch soll eine Verlagerung von
1294 Kurzstrecken- und Inlandsflügen auf die Bahn erreicht werden. Außerdem wollen wir prüfen, ob
1295 und wie der Flughafen selbst eine klimagerechte Ausgleichszahlung erheben kann. Wir setzen
1296 uns zudem auf Bundesebene für einen Ausbau des Fernstreckennetzes der Bahn und der Nachtzug-
1297 Verbindungen ein und werden auch die Vergabe von Förderkrediten für neue
1298 eigenwirtschaftliche Nachtzugverbindungen ab Berlin durch die Investitionsbank Berlin und
1299 die KfW prüfen. Berlin soll Nachtzug-Drehkreuz werden. Zudem wollen wir, dass Dienstreisen
1300 der Berliner Verwaltung im Inland durch Bahnreisen erfolgen sollen bzw. dass digitale
1301 Konferenzen im In- und Ausland Flugreisen ersetzen und somit Energie und Emissionen sparen.
1302 Die Senatsschulverwaltung möge darauf hinwirken, dass Flug-Klassenreisen bei allen
1303 Beteiligten grundsätzlich bzgl. der CO₂-Bilanz des Fliegens hinterfragt und möglichst durch
1304 Alternativen ersetzt werden, auch wenn dies zeit- und kostenaufwendiger sein sollte.

1305 1.6 Regional, saisonal, bio: gutes Essen für alle

1306 Mit der Ernährungswende hat Berlin bundesweit einen neuen, mutigen Weg in der Agrar- und
1307 Ernährungspolitik eingeschlagen: Gemeinsam mit der Zivilgesellschaft haben wir eine
1308 zukunftsfähige, nachhaltige und regional gedachte Ernährungsstrategie für die Stadt
1309 entwickelt und dabei Verbraucher*innen in das Zentrum gestellt. Gutes Essen muss allen
1310 Berliner*innen unabhängig von der finanziellen Situation erschwinglich sein. Ein besonderes
1311 Augenmerk haben wir dabei auf die Gemeinschaftsverpflegung gelegt, denn die ist der Estisch
1312 der Stadtgesellschaft, an dem wir alle zusammenkommen: Die Kantinen in öffentlichen
1313 Einrichtungen, Betrieben, Krankenhäusern, KITAS und Schulen Berlins versorgen täglich
1314 Tausende von Berliner*innen. Hier setzen wir an, um regionales und biologisches und vor
1315 allem köstliches Essen auf die Berliner Tische zu bringen. Gute Zutaten und gute Zubereitung

1316 sind zwei Seiten einer Medaille, deshalb setzen wir uns auch weiterhin für bessere
1317 Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in den Cateringbetrieben ein.

1318 Qualitäts-Regio-Siegel für Produkte aus dem Umkreis

1319 Bio- oder regionale Lebensmittel, vegane, vegetarische und saisonale Ernährung sind keine
1320 Nischenmärkte mehr: Sie sind längst Normalität für Berliner*innen. Wir wollen den von uns
1321 eingeschlagenen Weg weitergehen und den Bund und die EU dazu antreiben, die Agrar- und
1322 Ernährungswende zu vollziehen und die Tierzahlen zu reduzieren. So stärken wir Verbraucher-,
1323 Umwelt- und Klimaschutz nachhaltig. Berlin zeichnet sich durch eine enorme Nachfrage an bio-
1324 regionalen Lebensmitteln aus. Dieser Markt bietet die Möglichkeit, die bio-regionale
1325 Landwirtschaft nachhaltig umzugestalten, die industrielle Tierhaltung zu beenden und mit dem
1326 Ausbau der pflanzlichen Ernährung einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Dazu
1327 ist es unerlässlich, eng mit Brandenburg und anderen benachbarten Bundesländern und unserem
1328 Nachbarland Polen zu kooperieren: Wir wollen, dass der Weg vom Acker auf den Teller kürzer
1329 wird und sich grundsätzlich ändert, hin zu einer ökologisch-regional orientierten
1330 Ernährungswirtschaft. Gleichzeitig kann dieser regionale Bezug den Verbraucherschutz
1331 stärken. Dafür wollen wir in Zusammenarbeit mit Brandenburg, aber auch anderen Bundesländern
1332 eine gemeinsame Strategie entwickeln, die unter anderem ein Qualitäts-Regio-Siegel für
1333 Produkte aus dem Umkreis beinhaltet. Alle Berliner Vergabestellen sollen dann künftig bei
1334 öffentlichen Ausschreibungen dieses Qualitäts-Regio-Siegel verwenden. Damit unterstützen wir
1335 nicht nur die Ernährungswende in Berlin, sondern fördern auch nachhaltiges Wirtschaften in
1336 der gesamten Region.

1337 Kitas, Schulen, Krankenhäuser, Verwaltung – Berlins Kantinen werden bio

1338 Mit der Berliner Ernährungsstrategie möchten wir den Anteil von biologisch produzierten,
1339 saisonalen, regionalen und pflanzlichen Lebensmitteln in der Gemeinschaftsverpflegung stetig
1340 ausbauen und diese Lebensmittel ganz oben auf den Speiseplan setzen. Gerade in der
1341 öffentlichen Beschaffung sehen wir große Potentiale, die wir besser nutzen können. Ein gutes
1342 Beispiel sind die Schulen. Ab 2021 gibt es beim beitragsfreien Schulessen für die ersten bis
1343 sechsten Klassen Früchte, Gemüse, Milch und Milchprodukte sowie Pflanzendrinks
1344 ausschließlich in Bio-Qualität. Der Bio-Anteil steigt damit von unter 15 Prozent auf über 50
1345 Prozent. Wir wollen auch in Zukunft öffentliche Ausschreibungen nachhaltiger gestalten,
1346 Schulungen für Vergabestellen anbieten, eine Kantinenrichtlinie entwickeln und einführen und
1347 die Verwaltungsvorschrift „Umwelt und Beschaffung“ weiterentwickeln. Wir wollen insbesondere
1348 alle Kitas und Schulen, aber auch die anderen Bereiche der Gemeinschaftsverpflegung, wie zum
1349 Beispiel Krankenhäuser, dabei unterstützen, bis 2026 weitestgehend auf biologisch
1350 produzierte, vor allem regional angebaute Lebensmittel und vollwertiges pflanzliches Essen
1351 umzusteigen. Außerdem wollen wir an möglichst allen Schulen Schulgärten etablieren. Um
1352 unsere Ziele zu erreichen, setzen wir bei der Umstellung der Gemeinschaftsverpflegung auf
1353 die neu geschaffene Fortbildungseinrichtung „Kantine Zukunft“. Dieses Projekt wollen wir in
1354 eine langfristig bestehende Struktur überführen und regelmäßig neue Küchen in das
1355 Umstellungsprogramm aufnehmen. Darüber hinaus soll sich Berlin gemeinsam mit Brandenburg
1356 aktiver an EU-Förderprogrammen für gesunde Lebensmittel in den Schulen beteiligen und eine
1357 aktivere Rolle im Netzwerk der deutschen Bio-Städte spielen.

1358 „LebensMittelPunkte“ in ganz Berlin

1359 Für die Ernährungswende reicht aber die Umstellung von Küchen nicht aus. Wir wollen an
1360 verschiedenen Standorten in jedem Bezirk mindestens einen „LebensMittelPunkt“ (LMP)
1361 etablieren. Dabei wollen wir zivilgesellschaftliche Initiativen der LMP-Bewegung einbeziehen
1362 und aktiv unterstützen. Diese „LebensMittelPunkte“ wollen wir zu Orten des sozialen
1363 Zusammenlebens entwickeln, an denen Zugang zu gutem und gesundem Essen, unabhängig vom

1364 Geldbeutel, und damit Verbraucherschutz gewährleistet ist. Hier soll auch Platz für alle
1365 Akteur*innen der Ernährungsszene gegeben sein, wie Lebensmittelretter*innen, bienen- und
1366 bestäuberfreundliche Urban-Gardening-Projekte, Kleingärtner*innen, Imker*innen, wie auch für
1367 lokale Manufakturen und insbesondere inhabergeführte Lebensmittelhandwerksbetriebe. Sie alle
1368 wollen wir durch Bürokratieabbau bei den bislang schwer umsetzbaren Hygienevorschriften
1369 unterstützen. Auch die Berliner Wochenmärkte sowie den Großmarkt wollen wir zu Zentren für
1370 frische und regionale Lebensmittel ausbauen.

1371 Ein „Food-Campus“ für die Ernährungswende

1372 Ein weiterer Schwerpunkt der Ernährungsstrategie ist der Ausbau der Lebensmittelbildung: Mit
1373 einem zentral gelegenen „Food-Campus“ wollen wir einen Ort schaffen, wo Wissenschaft,
1374 Praxis, Bildung und politische Diskussionen von und mit der Zivilgesellschaft die
1375 Ernährungswende in Berlin vorantreiben. Wir wollen es ermöglichen, dass alle Berliner*innen
1376 Zugang zu niedrigschwelligen Bildungsangeboten rund um die Themen Ernährung und
1377 Landwirtschaft haben. Ein Schwerpunkt wird dabei auf der pflanzlichen Ernährung liegen, denn
1378 der Konsum von Nahrungsmitteln tierischer Herkunft soll aus Klima- und Artenschutzgründen
1379 deutlich sinken. Auch in den Schulen soll das Thema einen größeren Stellenwert einnehmen:
1380 Wir wollen jeder Schule Zugang zu einer Lehrküche geben und an jeder Schule einen
1381 Schulgarten etablieren, um allen Schüler*innen die Möglichkeit zu bieten, Basiswissen zu
1382 gesunder, pflanzlicher und nachhaltiger Ernährung zu erlangen und eine höhere Wertschätzung
1383 für Lebensmittel zu entwickeln. Nach dem Vorbild Kopenhagen wollen wir möglichst viele
1384 Schulen zu „Food-Schools“ machen, in denen das Essen frisch gekocht wird und Schüler*innen
1385 an der Zubereitung beteiligt werden können.

1386 Lebensmittelverschwendung beenden und Lebensmittelbetrug bekämpfen

1387 Berlin soll Zero-Waste-Stadt werden und auch dafür ist die Ernährungswende ein zentraler
1388 Hebel. Wir wollen Strukturen unterstützen, durch die gerettete Lebensmittel besser verteilt
1389 werden können. Supermärkte sollen abgelaufene Lebensmittel nicht mehr wegwerfen dürfen,
1390 sondern beispielsweise an die Tafel oder Foodsharing spenden. Auch streben wir es weiterhin
1391 auf der Bundesebene an, „Containern“ (entsorgte Lebensmittel aus den Mülltonnen der
1392 Supermärkte zu entwenden) zu legalisieren. Verbraucher*innen stehen für uns im Mittelpunkt –
1393 und nicht die Agrar- und Lebensmittelindustrie. Wir wollen Lebensmittelbetrug einen Riegel
1394 vorschieben, dazu haben wir in der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz bereits
1395 einen Runden Tisch gegen Lebensmittelbetrug eingerichtet. Und wir werden noch mehr tun: Wir
1396 wollen Polizei, Staatsanwaltschaft, die Lebensmittelaufsicht in Land und Bezirken und das
1397 Landeslabor Berlin-Brandenburg noch besser vernetzen und fördern. Denn das Ausmaß des
1398 Problems ist gewaltig – und jeder Betrug und jede Fälschung sind eine ganz reale
1399 Gesundheitsgefahr.

1400 Auch in der Gastronomie wollen wir für mehr Transparenz und barrierefreien Zugang zu
1401 Informationen sorgen. Dazu wollen wir den Verbraucher*innen Zugang zu Erkenntnissen der
1402 bezirklichen Lebensmittelüberwachung ermöglichen und die Ergebnisse der
1403 Lebensmittelkontrollen wie in anderen Ländern, zum Beispiel Dänemark, auch an den Türen
1404 aller Lebensmittelbetriebe für alle klar erkennbar veröffentlichen.

1405 1.7 Tierschutz stärken – lebenswerte Stadt für jedes Lebewesen

1406 Tiere bewohnen mit uns gemeinsam diese Stadt. Sie sind keine Gegenstände, sondern Lebewesen,
1407 deren Rechte es zu schützen gilt. Wir wollen, dass Menschen und Tiere in dieser wachsenden
1408 Stadt gut zusammenleben, und haben deshalb die Tierrechte in den vergangenen Jahren weiter
1409 gestärkt. Ein Verbandsklagerecht ermöglicht es nun Tierschutzorganisationen in Berlin, bei
1410 Verstößen gegen das Tierschutzgesetz stellvertretend für die Tiere zu klagen. Zudem haben

1411 wir das Amt der Landestierschutzbeauftragten erstmals hauptamtlich besetzt. Berlin hat damit
1412 endlich eine starke Stimme für Tierrechte erhalten. Wir streben an, dieses Amt mit
1413 zusätzlichen Kompetenzen auszustatten.

1414 Tierschutz besser finanzieren, Heimtierhaltung besser regulieren

1415 Die mit dem Tierschutz beauftragten Behörden des Landes Berlin wollen wir so ausstatten,
1416 dass sie ihrer Arbeit vollumfänglich nachkommen können. Zudem wollen wir Tierheime,
1417 Wildauffangstationen, Tierschutzorganisationen und -initiativen sowie Tiertafeln besser
1418 finanzieren und die Zusammenarbeit mit der Verwaltung verbindlicher gestalten. Wir stärken
1419 Tierschutzpädagogik, ergreifen Bildungsinitiativen für die artgerechte Haltung von
1420 Heimtieren und werden Werbung, die Heimtiere bzw. deren Haltung unangemessen darstellt,
1421 problematisieren. Für die private Tierhaltung wollen wir verbindliche Standards im Hinblick
1422 auf das Tierwohl festlegen und auf Bundesebene darauf hinwirken, dass Haltung, Zucht und
1423 Handel von Heimtieren in einer Tierschutz-Heimtierverordnung geregelt wird. Unser Ziel ist
1424 es, zu regeln, welche Arten unter Berücksichtigung von Tier-, Arten- und Naturschutz sowie
1425 von Gesundheits- und Sicherheitsaspekten für den Handel und die Privathaltung akzeptabel
1426 sind. Wir lehnen Reptilien- und Exotenbörsen ab und setzen uns für eine stärkere Kontrolle
1427 ein. Den illegalen Handel mit Welpen und allen anderen Tieren wollen wir durch bessere
1428 Behördenzusammenarbeit unterbinden, auch deshalb müssen seit Beginn des Jahres 2022 alle
1429 Hunde in ein Hunderegister eingetragen werden.

1430 Um den Tierschutz in Privathaushalten besser durchsetzen zu können, wollen wir ein Haus- und
1431 Heimtierregister und eine Tier-Notruf-Nummer für alle Tierarten einführen. Ferner streben
1432 wir weitere Hundenausläuflächen an, um in möglichst allen Bezirken ausreichend Platz für
1433 Hunde zu schaffen. Wir werden prüfen, mit welchen wirkungsvolleren Mitteln der
1434 Gefahrenabwehr wir die Rasselisten ersetzen können. Pferdehaltung soll tiergerechter und mit
1435 mehr Offenstallhaltung erfolgen. Wir vertreten die Überzeugung, dass Pferdekutschen nicht
1436 nach Berlin gehören und lehnen den Einsatz von Pferdestaffeln der Bundespolizei in Berlin
1437 ab. Wir werden ein berlinweites Taubenmanagement mit betreuten Taubenschlägen zur
1438 Populationskontrolle einrichten. Wir entwickeln effektive Strategien gegen Qualzuchten bei
1439 allen Tierarten.

1440 Massentierhaltung beenden

1441 Mit einem Normenkontrollantrag beim Bundesverfassungsgericht geht Berlin bereits gegen
1442 tierschutzwidrige Bestimmungen in der Schweinehaltung vor. Auf Bundesebene setzen wir uns
1443 dafür ein, dass die Anzahl der gehaltenen Tiere deutlich reduziert und jede Haltung im
1444 Agrarbereich auf einen tiergerechten, ökologischen und nachhaltigen Standard gehoben wird
1445 und dass Lebensmittel, die aus Massentierhaltung stammen, klar gekennzeichnet werden müssen.
1446 Auch so wollen wir erreichen, dass Produkte in Supermärkten, die in Teilen oder ganz aus
1447 Massentierhaltung stammen, immer weniger werden.

1448 Jagdgesetz überarbeiten

1449 Das Berliner Jagdgesetz wollen wir modernisieren. Durch ein ökologisches und
1450 wissenschaftlich begründetes Wildtiermanagement wollen wir die Jagdzeiten und die Anzahl der
1451 beliebig jagdbaren Arten reduzieren. Der Abschuss von Haustieren soll untersagt werden.
1452 Jäger*innen sollen darüber hinaus regelmäßig Fortbildungen und Schießprüfungen absolvieren
1453 müssen.

1454 Keine Wildtiere im Zirkus

1455 Wildtiere gehören nicht in den Zirkus. Wir haben deshalb in den vergangenen Jahren die
1456 landesrechtlichen Kompetenzen voll ausgeschöpft, um keine öffentlichen Flächen mehr an

1457 Zirkusse mit Wildtieren zu vergeben. Auf Bundesebene streben wir nach wie vor ein völliges
1458 Verbot von Wildtieren in Zirkussen an. Wir sehen Tiere in Zirkussen kritisch und setzen uns
1459 für höhere Tierhaltungsstandards, mindestens wie in Zoos, ein. Auch im Zoo und Tierpark
1460 wollen wir eine konsequente Ausrichtung auf tiergerechte Haltung und
1461 Beschäftigungsmöglichkeiten.

1462 Tierversuche durch Alternativmethoden ersetzen

1463 Die Zahl der wirtschaftlich und wissenschaftlich genutzten Tiere wollen wir stetig
1464 reduzieren und Tierversuche im Sinne der 3R (Reduce, Replace, Refine) so weit wie möglich
1465 durch alternative, tierversuchsfreie Methoden ersetzen. Berlin soll Forschungshauptstadt für
1466 alternative, tierversuchsfreie Methoden werden. Dabei ist es für uns selbstverständlich,
1467 dass es in Berlin keine Tierversuche mit Schweregrad „schwerst“ nach der EU-
1468 Tierversuchsrichtlinie sowie Versuche an Primaten geben darf. Das Festhalten an gängiger
1469 Forschungspraxis oder wirtschaftlichen Interessen darf nicht länger über dem Tierschutz
1470 stehen. Dafür haben wir die Berliner Tierversuchskommission in einem ersten Schritt
1471 paritätisch mit Vertreter*innen aus der Wissenschaft und dem Tierschutz besetzt. In der
1472 Zukunft werden wir dabei die Rolle von unabhängigen Vertreter*innen des Tierschutzes
1473 stärken. Tierschützer*innen sollen die gleichen Rechte wie die Vertreter*innen der
1474 Wissenschaft haben. Wir fordern eine gesetzlich verankerte, verbindliche
1475 Dokumentationspflicht auf Bundesebene und werden den Aufbau von Datenbanken weiter fördern
1476 und auf die Vermeidung von Doppel- und Wiederholungsversuchen hinwirken. Verstärkte
1477 Kontrollen sollen Tiere in Versuchsvorhaben besser schützen. Gemeinsam mit der Forschung,
1478 der Landestierschutzbeauftragten, den Tierschutzorganisationen und forschenden
1479 Pharmaunternehmen werden wir konkrete Ausstiegsfahrpläne für Tierversuche entwickeln. Die
1480 Landesförderungen von Forschungsvorhaben knüpfen wir an die Bedingung, Alternativen zu
1481 nutzen, zu erarbeiten und weiterzuentwickeln. Dabei bevorzugen wir Projekte, die
1482 Tierversuche ersetzen helfen oder Alternativmethoden validieren. Wissen über alternative
1483 Methoden zu Tierversuchen soll bereits in grundständigen Studiengängen vermittelt werden und
1484 in der Lehre soll wo immer möglich auf Tierversuche verzichtet werden. Gegenüber dem Bund
1485 und der Europäischen Kommission setzen wir uns für ein Ausstiegsszenario aus der an
1486 Tierversuche gebundenen Forschung ein.

1487 1.8 Berlins Tourismus ökologisch und nachhaltig weiterentwickeln

1488 Berlin ist eine weltoffene, diverse und gastfreundliche Stadt. Viele von uns lieben und
1489 schätzen Berlin dafür. Die Clublandschaft, die Museen und Galerien, die Flaniermeilen und
1490 Flohmärkte sowie das reiche gastronomische und kulturelle Angebot – all dies macht Berlin
1491 auch für uns Berliner*innen so liebenswert und lebt auch in hohem Maße vom Tourismus. Die
1492 Corona-Krise, durch die Millionen von Tourist*innen nicht mehr nach Berlin kommen konnten,
1493 hat uns noch einmal vor Augen geführt, wie wichtig der Tourismus als Wirtschaftsfaktor für
1494 Berlin ist, doch ein „Weiter so“ wie bisher kann es in Berlin nicht geben. Deshalb wollen
1495 wir den nachhaltigen Tourismussektor weiter ausbauen und ökologische Hotels stärker
1496 unterstützen. Die Zeit jetzt muss genutzt werden, um die bestehenden Probleme anzugehen,
1497 damit auch in den belasteten Kiezen die Akzeptanz wieder steigt. Eine erfolgreiche
1498 Tourismuspolitik bemessen wir nicht anhand von immer höheren Besucherrekorden, sondern sie
1499 bedeutet für uns auch eine aktive Stadtentwicklungspolitik, die lenkt und gestaltet.

1500 Stadtverträglicher, ökologisch nachhaltiger Tourismus

1501 Denn der Tourismus hat auch seine Schattenseiten. In vielen Kiezen der Innenstadt ist der
1502 Unmut über massiv steigende Touristenzahlen sehr groß. Ferienwohnungen, Lärm, Müll und
1503 steigende Preise schaffen in Teilen der Stadt Herausforderungen. Für uns ist klar: Tourismus
1504 wird auch nach der Pandemie ein wichtiges wirtschaftliches Standbein unserer Stadt sein,

1505 aber wir brauchen einen stadtverträglichen Tourismus, der die Anwohnenden möglichst nicht
1506 belastet und sie mit ihren Bedürfnissen einbezieht sowie ökologisch, sozial und nachhaltig
1507 ist. Mit dem Tourismuskonzept 2018+ für Berlin haben wir dafür konkrete Ziele festgelegt.
1508 Ströme von Tourist*innen sollen stärker entzerrt werden: von den Gärten der Welt in Marzahn-
1509 Hellersdorf oder dem Schloss Biesdorf bis zur Zitadelle Spandau – Berlin hat deutlich mehr
1510 zu bieten als „Kreuzberger Nächte“. Deswegen wollen wir die touristische Infrastruktur
1511 außerhalb des S-Bahn-Rings stärken und mehr Aufmerksamkeit für weniger beachtete
1512 Sehenswürdigkeiten schaffen. Berlin braucht für die Zeit nach der Corona-Pandemie einen
1513 neuen Aufschlag, um nachhaltig und zukunftsorientiert den Tourismus in Berlin zu gestalten.
1514 Wichtig dabei wird ein Hotelentwicklungsplan sein, mit dem wir die innerstädtischen Bezirke
1515 entlasten und eine stärkere Steuerung des Beherbergungswesens erreichen wollen. Dabei muss
1516 für neue Hotels auch die Umgebung mit betrachtet werden, um touristische und gastronomische
1517 Monostrukturen zu verhindern. Dies sollte auch für bereits geplante Hotels und Hostels
1518 gelten. Die illegale Umnutzung von Wohnraum als Ferienwohnung muss deutlich strenger
1519 kontrolliert werden. Die Attraktivität der Berufe soll durch bessere Arbeitsbedingungen, vor
1520 allem eine angemessene Bezahlung und effektivere Arbeitsschutzbestimmungen, gesteigert
1521 werden. Große Ziele verlangen ein beherztes Anpacken. Deswegen haben wir angefangen,
1522 VisitBerlin von einer Marketingagentur zu einer gestaltenden Akteur*in umzubauen, die
1523 Impulse für einen nachhaltigen und stadtverträglichen Tourismus setzt – und zwar in enger
1524 Zusammenarbeit mit den Bezirken. So haben wir einen Bürger*innenbeirat ins Leben gerufen, um
1525 die Berliner*innen aus den verschiedenen Bezirken besser bei der Umsetzung des neuen
1526 Tourismuskonzeptes einzubinden. Diese Beteiligung wollen wir weiter ausbauen. Außerdem
1527 wurden den Bezirken mehr finanzielle Mittel an die Hand gegeben, um vor Ort gezielt
1528 Maßnahmen umsetzen zu können – was wir nochmal deutlich verstärken wollen.

1529 Stärkere Reinigung von Parks und Straßen

1530 Beliebte Parks, Straßenzüge und Kieze leiden unter einem erhöhten Müllaufkommen. Deswegen
1531 haben wir die Parkpflege personell verstärkt und sichergestellt, dass die BSR viele Berliner
1532 Parks, wie zum Beispiel den Görlitzer Park, regelmäßig und stärker reinigt. Das kostet viel
1533 Geld, stößt aber auf sehr viel Zuspruch bei den Anwohnenden. Gerade Orte mit vielen
1534 Tourist*innen oder viel Durchgangsverkehr haben einen hohen Wert für die ganze Stadt – es
1535 ist nicht gerecht, die Anwohnenden mit den Mehrkosten dafür alleinzulassen, diese sollen
1536 stattdessen vom Land übernommen werden.

1537 City-Tax und der Fonds „Ökologischer Tourismus“

1538 Den Tourismus in Berlin wollen wir ökologischer und nachhaltiger gestalten. Dazu wollen wir
1539 den Fonds „Ökologischer Tourismus“ einrichten. Dieser soll Hotels, Restaurants und
1540 touristische Einrichtungen dabei unterstützen, ihren Ressourcenverbrauch zu verringern, ihre
1541 Energieeffizienz zu steigern und Barrierefreiheit zu ermöglichen. Mit der Förderung des
1542 ersten Solarschiffes – eines emissionsfreien Ausflugsdampfers auf der Spree – haben wir
1543 gezeigt, wie ökologischer Wassertourismus in Berlin aussehen kann. Wir wollen den Einsatz
1544 solcher Solarschiffe zukünftig noch stärker fördern. Auch die Hop-On-Hop-Off-Busse sollen
1545 emissionsfrei werden und ein Konzept zur Entzerrung des Reisebusverkehrs soll Berlin
1546 entlasten. Außerdem möchten wir die Einnahmen aus der Berliner City-Tax zu großen Teilen für
1547 die Gestaltung hin zu einem stadtverträglichen und ökologischen Tourismus nutzen.

1548 Jetzt ganz konkret: bündnisgrüne Projekte für die Zukunft Berlins

1549 1. Berlins Dächer werden Solarkraftwerke

1550 Berlin kann 35 Prozent der hier verbrauchten Energie aus Solarenergie decken – wir wollen
1551 das bis 2035 schaffen. Auf Neubauten und bei wesentlichen Dachumbauten haben wir eine

1552 Solaranlage zur Pflicht gemacht. Bis 2024 sollen berlineigene Gebäude wie Schulen oder Ämter
1553 standardmäßig mit Solaranlagen ausgestattet und nachgerüstet werden. Mit der Solardachbörse
1554 wollen wir erreichen, dass Hauseigentümer*innen ihr Dach zur Verfügung stellen, um es in ein
1555 Solarkraftwerk umzuwandeln.

1556 2. Eine Stadt ohne Müll

1557 Ob Straßen, Parks oder Spielplätze – wir wollen eine saubere Stadt. Dazu wollen wir den
1558 Reinigungstakt in den besonders betroffenen Kiezen steigern, ohne dabei die Kosten für die
1559 Anwohnenden zu erhöhen. Wir werden mehr Sperrmüll-Abgabe-Stellen einrichten, um die Wege zu
1560 verkürzen. Besonders viel besuchte Parks und Spielplätze sollen regelmäßig von der BSR
1561 gereinigt werden. Am besten ist es aber, wenn Müll erst gar nicht entsteht, und ein langes
1562 Leben für Geräte schützt das Klima. Deshalb werden wir Pfandsysteme, zum Beispiel beim Essen
1563 to go, stärker fördern. Wir werden weiterhin dafür streiten, dass die bundesrechtlichen
1564 Vorgaben endlich Schluss machen mit dem Verpackungswahnsinn und die Ressourcenverschwendung
1565 gestoppt wird.

1566 3. Ökologische Stadtquartiere der Zukunft – Bauwende umsetzen

1567 Aus anderen Städten kennen wir leuchtende Beispiele des ökologischen Bauens und der
1568 nachhaltigen Stadtentwicklung – seien es auf Balkonen wachsende Bäume, Ökobaustoffe wie
1569 Holz, Lehm und Stroh oder Sportflächen, die die Versickerung von Regenwasser zulassen. Wir
1570 wollen die Bauwende umsetzen, die Verkehrswende Realität werden lassen, Berlin zur
1571 „Schwammstadt“ umbauen und multifunktionale Orte schaffen. Um Impulse dafür zu setzen,
1572 wollen wir eine Internationale Bauausstellung (IBA) mit und in allen Berliner Bezirken
1573 initiieren. Wir tun dies zusammen mit Brandenburg und setzen Impulse für eine ökologische
1574 und soziale Stadtplanung und schaffen klimaresilienten Wohn- und Gewerberaum mit der
1575 notwendigen sozialen, kulturellen und grünen Infrastruktur.

1576 4. Autofreie Kieze in ganz Berlin

1577 Wir wollen Autos aus Straßenzügen und Kiezen rausholen und Platz schaffen für das Leben –
1578 für Kinder, Kultur und Natur. Weniger Abgase und Lärm, mehr Platz zum Spielen und Flanieren.
1579 An der Friedrichstraße haben wir es vorgemacht und weitere Straßen werden folgen. Um Kieze
1580 vom Auto-Durchgangsverkehr zu befreien, wollen wir auch in der nächsten Legislatur viele
1581 neue Kiezblocks schaffen.

1582 5. Die Taktzahl erhöhen – Bus und Bahn ausbauen

1583 Alle Berliner*innen müssen die Gewissheit haben: Der Bus kommt sofort. Um das zu schaffen,
1584 wollen wir die Taktung von Bussen und Bahnen deutlich erhöhen. Unser Ziel ist es, in dicht
1585 besiedelten Quartieren, unabhängig davon, ob sie innerhalb oder außerhalb des S-Bahn-Ringes
1586 liegen, alle fünf Minuten einen Anschluss an den ÖPNV bereitzustellen. In weniger dicht
1587 besiedelten Gebieten soll den Berliner*innen mindestens alle zehn Minuten ein ÖPNV-Angebot
1588 zur Verfügung stehen.